info

01/2018

Zeit der Populisten?

Schwerpunkt
Populismus
und Nationalismus

Flucht, Migration, Integration
Kommen, um zu bleiben?
Szenarien möglicher
EU-Afrika-Migrationspolitik

Politik für Europa
Brexit: hart, weich
oder gar nicht?

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

info

SCHWERPUNKT – POPULISMUS UND NATIONALISMUS

3 **Zeit der Populisten?**
Die Frage nach der Rolle des Nationalstaats birgt reichlich Zündstoff

4 **Guten Populismus gibt es nicht**
Die Linke sollte sich auf Inhalte konzentrieren, statt populistische Strategien nachzuahmen

6 **»Trump sieht die Welt als Nullsummenspiel«**
Interview mit Matthew Duss über Rechtspopulismus in den internationalen Beziehungen

7 **Lieber mehr als weniger**
Warum die Linke den Nationalstaat braucht und der Nationalstaat die Linke

8 **Wütende weiße Frauen?**
Über das weibliche Gesicht des Rechtspopulismus in Europa

10 **Aktion statt Reaktion**
Progressive Strategien gegen Rechts

11 **Gegenerzählung**
Linke Parteien müssen die Debatte wieder auf die soziale Frage lenken

12 **»Eine Stärkung nationalistischer Tendenzen ist zu erwarten«**
Interview mit Vladimír Špidla über Rechtspopulismus in Tschechien

13 **Populismus à la Duterte**
Interview mit dem philippinischen Populismus-Experten Richard Javad Heydarian

14 **»Europa kann von Lateinamerika lernen«**
Cristóbal Rovira Kaltwasser über die lange Tradition des lateinamerikanischen Populismus

16 **Wer wählt die AfD – und warum?**

17 **Make Sachsen gerecht und demokratisch again!**

18 **«Die AfD ist ein Elchtest für die Demokratie«**
Fragen an Olaf Sundermeyer zum Umgang der Medien mit Rechtspopulismus

19 **Sanftmütig gegen Rassisten**
Gespräch mit Mo Asumang über ihren Film »Die Arier«

THEMA

Flucht, Migration, Integration

21 **Kommen, um zu bleiben?**
Szenarien möglicher EU-Afrika-Migrationspolitik

22 **Vom Problem zur Chance**
Beim Thema Migration und Klimawandel gilt es, Missverständnisse aufzuklären

23 **Entwicklungsgelder für Migrationsabwehr?**
Fluchtursachen zu bekämpfen, untergräbt die Entwicklungszusammenarbeit

24 **Schulunterricht in zwei Schichten**
Landespolitiker erfahren, wie Jordanien mit Geflüchteten umgeht

25 **Umdenken und Engagement zeigen**
Fragen an Miriam Vock zur Integration geflüchteter Kinder

26 **»Den Modus der Notversorgung überwinden«**
Ein Gespräch über Sozialarbeit mit Geflüchteten

PROJEKTE

Politik für Europa

29 **Brexit: hart, weich oder gar nicht?**
Interview mit den britischen Europaparlamentariern Seb Dance und Birgit Sippel

30 **»Erasmus für Nichtakademiker«**
Interview mit Richard Hilmer über Wege zu mehr Europabegeisterung

32 **Pro & Contra: Brauchen wir eine europäische Arbeitslosenversicherung?**

33 **Gut arbeiten bei Airbnb, Google & Co.**
Fragen an den Arbeitsrechtler Martin Risak

34 **Imagepflege und große Aufgaben**
Bulgariens erste EU-Ratspräsidentschaft

35 **Mehr Demokratie wagen!**
Wie die EU die Demokratie in ihren Mitgliedstaaten schützen kann

36 **»Momentan steht die Begrenzung der Migration im Mittelpunkt«**
Interview mit Norbert Neuser über das Verhältnis zwischen EU und Afrika

37 **»Vereinigte Staaten von Europa sehe ich nicht«**
Interview mit Peer Steinbrück zu Europas Zukunft und Deutschlands Verantwortung

NOTIZEN

37 **Notizen**

41 **Leseempfehlungen**

Liebe Leserin, lieber Leser

Populismus und Nationalismus scheinen ihren Siegeszug durch Europa und die Welt anzutreten. Die Demokraten in den westlichen Gesellschaften sind sich einig, dass Populismus im Kern demokratiefeindlich ist. Für Jan-Werner Müller, einen der Autoren des Schwerpunktteils dieses Heftes, gibt es keinen guten Populismus, dem Demokraten nacheifern könnten. Nur eine Rückbesinnung auf eine am Wohlergehen aller ausgerichtete Politik könne den Trend umkehren, so Müller.

Demgegenüber wollen andere der Sehnsucht der Abgehängten und Verdrossenen nach Sicherheit, Kontrolle, Heimat und Nation ein Stück weit nachgeben, um sie so aus den Fängen der Populisten zurückzuholen. Sie sehen einen Weg dahin, wenn die Linke beginnt, die Rolle des Nationalstaats neu und positiver zu bewerten.

Wie es mit Populismus und Nationalismus in anderen Ländern und Regionen aussieht und wie die FES das Phänomen aufgreift, ist Thema der weiteren Beiträge und Interviews in diesem Schwerpunkt. Wir blicken dabei in die USA, nach Österreich, Nordeuropa, Tschechien, Lateinamerika und auf die Philippinen. Warum die AfD gewählt wird, wie Journalisten mit Populismus umgehen sollten und wie Sachsen wieder gerecht und demokratisch werden kann, sind Fragen, denen sich die Autorinnen und Autoren mit Blick auf Deutschland widmen.

Zum Thema Flucht und Migration erfahren Sie, welche Zukunftsszenarien es für die EU-Afrika-Migrationspolitik gibt und warum Fluchtursachenbekämpfung die Entwicklungszusammenarbeit untergräbt. Ferner geben Expert_innen in Interviews Auskunft über gelungene Sozialarbeit mit Geflüchteten und darüber, wie geflüchtete Schulkinder integriert werden können.

Bei der Europa-Politik geht es unter anderem um Argumente für und wider eine europäische Arbeitslosenversicherung, um Wege, wie die EU einem Demokratieabbau in ihren Mitgliedstaaten entgegenwirkt, und welche Zukunft Peer Steinbrück für Europa sieht.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.
Die »info«-Redaktion

IMPRESSUM

Herausgeber
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-0 | presse@fes.de
www.fes.de

Redaktion (Text)
Anja Papenfuß, Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Tel. 030_269 35-7038
anja.papenfuss@fes.de

Redaktion (Bild)
Katja Ulanowski, Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149, D-53175 Bonn
Tel. 0228_883-7036
katja.ulanowski@fes.de

Layout und Satz
Leitwerk. Büro für Kommunikation
www.leitwerk.com

Druck
Druckerei Brandt GmbH

Bildnachweis
AWO: S. 27 · Nicola Behrendt: S. 32 · Mark Bollhorst: S. 37 · Brot für die Welt: S. 23 · KD Busch: S. 5 · Henning Christiansen: S. 17 · DGB: S. 32 · Benjamin Etzold: S. 22 · Europäisches Parlament: S. 30 · FES: S. 39, 40 · Gerngross Glowinski Fotografen: S. 38 · A.Gheorghiu: S. 19 · Richard Javad Heydarian: S. 13 · image source/Old Visuals: Titel · Cristobal Rovira Kaltwasser: S. 15 · Stefan Kausch: S. 17 · Jannis Keil: S. 6 · leitwerk: S. 10, 36 · leitwerk (unterVerwendung von Bildern von picture alliance / dpa, picture alliance / abaca, picture alliance/ AP Photo, picture alliance / Ulrich Baumgarten): S. 8/9 · Norbert Neuser: S. 36 · picture alliance / AA: S. 34 · picture alliance/AP Photo: S. 6, 13, 35 · picture alliance / dpa: S. 5, 12, 23, 25, · picture alliance / Friso Gentsch/dpa: S. 27 · picture alliance / Michael Gruber / EXPA / picturedesk.com: S. 11 · picture alliance / Rainer Jensen/dpa: S. 24 · picture alliance / JOKER: S. 20/21 · picture alliance / Daniel Kalker: S. 28/29 · picture alliance / PHOTOPQR/VOIX DU NORD/MAXPPP, policy matters: S. 31 · picture alliance / SZ Photo: S. 2/3 · picture alliance / Westend61: S. 33 · picture alliance / ZB: S. 16 · Rbb: S. 18 · Dr. Martin Risack: S. 33 · Spidla: S. 12 · MAMADOU TRAORE: S. 22 · Tuca Vieira: S. 14/15 · Miriam Vock: S. 25 · Johannes Zinner: S. 11

ISSN 0942-1351

Populismus und Nationalismus

Zeit der Populisten?
Die Frage nach der Rolle des Nationalstaats birgt reichlich Zündstoff

Von Ernst Hillebrand

Wenn selbst die Grünen über »Heimat« reden, muss irgendetwas passiert sein. Was passiert ist, ist auch klar: In ganz Europa gewinnen rechtspopulistische Parteien an Bedeutung, zuletzt auch in Deutschland. Ein offensives »patriotisches« Bekenntnis zu Land, Leuten und historisch gewachsener kultureller Identität sind ebenso Markenzeichen dieser Parteien wie die Ablehnung eines europäischen »Superstaates« und einer multikulturellen Gesellschaft.

Es liegt nahe, in dieser Entwicklung eine Art »backlash« gegen die Ergebnisse mehrerer Jahrzehnte von Globalisierung und Europäisierung zu sehen. Ein wachsender Anteil von Menschen scheint mit den Ergebnissen dieser Entwicklungen nicht glücklich zu sein. Vermutlich gibt es verschiedene Elemente, die hier zusammenkommen: soziale und wirtschaftliche Entwicklungen ebenso wie kulturelle und gesellschaftspolitische Veränderungen. Das Ergebnis ist eine neue Spaltung der westlichen Gesellschaften in öffnungsfreudige »Kosmopoliten« und nationalstaatsorientierte »Kommunitaristen«.

Gerade sozial schwächere Menschen sind weit überwiegend eher Kommunitaristen. Für sie hat der demokratische Nationalstaat des 20. Jahrhunderts wahre Wunder bewirkt: Er hat einen Rahmen geschaffen für demokratische Machtausübung und solidarische Umverteilung, für wohlstandsfördernde Wirtschaftspolitik und breitenorientierte Bildungspolitik. Das Ergebnis war eine Explosion der Lebensqualität: Das Proletariat der europäischen Wohlfahrtsstaaten hatte sehr schnell weit mehr zu verlieren als nur seine Ketten.

Wenn sich heute eine wachsende Zahl von Menschen gerade sozial schwächerer Milieus – und die Wahlanalysen sind in dieser Hinsicht eindeutig – rechtspopulistischen Parteien zuwendet, dann hat dies vermutlich auch mit einer Art »Heimweh nach einer anderen Zeit« (Susanne Gaschke) zu tun: der Zeit eines funktionierenden, von starken Gemeinschafts- und Solidargefühlen zusammengehaltenen Nationalstaats, in der sozialer Aufstieg noch funktionierte und die Staaten noch Geld hatten, als Schwimmbäder noch gebaut und nicht geschlossen wurden.

Der herrschende Zeitgeist der Mächtigen (und Meinungsmächtigen) erklärt diese Gefühle zu politischen Phantomschmerzen ewig gestriger »Modernisierungsverlierer«, die weder die Schönheit der neuen Welt noch die Unwiederbringlichkeit dieser Epoche anerkennen wollen. Globalisierung und Europäisierung sind, so heißt es allenthalben auf kanzlerdeutsch, »alternativlos«.

Was aber, wenn Menschen dies so nicht glauben wollen? Wenn sie nicht »Europäer«, sondern lieber erst mal Schweden, Dänen, Franzosen, Polen und Tschechen sein wollen? Wenn sie Politik und Solidarität im Rahmen von demokratischen Nationalstaaten und deren bewährten Strukturen politischer und sozialer Teilhabe organisieren wollen? Wenn sie sich, um Sigmar Gabriel zu zitieren, nach der »guten alten sozialdemokratischen Zeit« statt nach der »Postmoderne« sehnen?

Die etablierten Parteien – gerade auch die der linken Mitte – haben diesen Menschen erstaunlich wenig anzubieten. Also wenden sie sich anderen politischen Akteuren zu. Noch sind diese weitgehend auf der rechten Seite des politischen Spektrums angesiedelt. Aber einige Entwicklungen – wie etwa der Erfolg Jean-Luc Mélenchons in Frankreich oder die guten Ergebnisse der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien – deuten darauf hin, dass dies sich ändern könnte. Es ist durchaus vorstellbar, dass in Zukunft auch »linkspopulistische« Bewegungen der Nachfrage nach einem starken Nationalstaat entgegenkommen werden.

Die Frage nach der Rolle des Nationalstaats hat das Potenzial, einer der bestimmenden politischen Großkonflikte der nächsten Jahrzehnte zu werden. Während die Wirtschaft, allen voran die transnationalen Großunternehmen, nationalstaatliche Politik und Regelungen immer stärker als lästige Fußfesseln empfinden, bleibt für viele Menschen die Aussicht auf noch mehr supranationale Politik eher eine antidemokratische Drohung als ein Versprechen. Die europäische Linke, deren großartige Erfolge und Errungenschaften ohne den demokratischen Nationalstaat nicht denkbar sind, muss sich überlegen, ob sie dieses bewährte Gestaltungsinstrument wirklich aus der Hand legen will – zumindest so lange, bis sie überzeugend nachweisen kann, dass ähnliche Erfolge auch mit anderen Instrumenten zu erzielen sind. ●

→ www.fes.de/stiftung/ueber-die-fes/fes-info/literatur-zu-rechtspopulismus-und-nationalismus

Dr. Ernst Hillebrand leitet das FES-Büro in Rom. Das von ihm herausgegebene Buch »Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?« erschien 2017 in 2. Auflage.

Guten Populismus gibt es nicht

Die Linke sollte sich auf Inhalte konzentrieren, statt populistische Strategien nachzuahmen

Von Jan-Werner Müller

Anders als in Nord- und Südamerika ist »Populismus« in Europa ein politisches Schimpfwort – so gut wie niemand bezeichnet sich selbst als populistisch. Und doch kommt immer wieder die Meinung hoch, sogar der Rechtspopulismus könne eine für die Demokratie insgesamt nützliche Funktion erfüllen. Irgendwie, so heißt es dann, würden die Populisten die Bürgerinnen und Bürger vielleicht wieder näher an die demokratischen Institutionen heranführen. Manch sozialdemokratische Intellektuelle und Politiker gehen noch einen Schritt weiter: Die Linke müsse selbst populistisch werden, um dem Rechtspopulismus erfolgreich entgegenzutreten. Doch dies sind Irrwege, die nicht nur normativ, sondern auch empirisch widerlegbar sind.

Populisten behaupten stets, sie und nur sie verträten, was bei Populisten oft als »das wahre Volk« oder »die schweigende Mehrheit« bezeichnet wird. Mitbewerber um die Macht werden im Zweifelsfall als korrupt oder gar gleich als »Volksverräter« diskreditiert. Und, weniger offensichtlich: Wer der letztlich symbolischen Konstruktion des vermeintlich »wahren Volkes« seitens der Populisten nicht zustimmt (und deswegen die Populisten logischerweise politisch nicht unterstützt), wird mindestens symbolisch auch aus dem Volk ganz ausgeschlossen. Somit ist nicht das Antielitäre das entscheidende Kennzeichen des Populismus – im Gegenteil, Kritik an den Mächtigen kann ein Zeichen genuinen demokratischen Engagements sein. Hauptmerkmal des Populismus ist Antipluralismus im Namen des Volkes.

Sicherlich stimmt es, dass Populisten häufig Volksabstimmungen fordern. Aber das bedeutet nicht, dass sie grundsätzlich Anwälte der direkten Demokratie sind. Sie kennen die richtige Antwort auf jede politische Frage immer schon vorher, denn die Antwort leitet sich für sie aus der symbolischen Konstruktion des wahren Volkes ab. Ein Referendum dient Populisten nicht dazu, einen ergebnisoffenen Diskussionsprozess unter den Bürgerinnen und Bürgern anzustoßen – nein, die Rolle des Volkes ist allein, bei der Abstimmung schnell mal das zu bestätigen, was die Populisten schon immer als den einzig authentischen Volkswillen identifiziert haben.

Als Antwort hierauf fallen nichtpopulistische Politiker bisweilen von einem Extrem ins andere. Erst heißt es, die Populisten seien alle Demagogen, man glaube ihnen kein Wort. Aber dann wird langfristig erfolgreichen populistischen Parteien plötzlich eine Art soziologisches Monopol zugesprochen; nur sie verstünden angeblich die »wahren Sorgen und Nöte« der Bürger und das, was sich im Innersten der Gesellschaft abspiele. Hier zeigt sich ein grundsätzliches Missverständnis der Funktionsweise von demokratischer Repräsentation. Letztere ist keine mechanische Übersetzung von immer schon objektiv vorhandenen Identitäten, Interessen und Ideen der Bevölkerung ins politische System. Sie ist vielmehr ein dynamischer Prozess, in dem sich die Selbstwahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger – wer bin ich und was will ich? – bilden, nicht zuletzt aufgrund von attraktiven Repräsentationsangeboten seitens der Parteien, aber auch der Zivilgesellschaft, von Freunden und Familie.

Damit soll nicht gesagt sein, dass sich diese Selbstwahrnehmungen beliebig ändern lassen. Aber ich will davor warnen, dass gerade sozialdemokratische Politiker hinter verschlossenen Türen anfangen zu sagen: »Die Arbeiter mögen halt leider keine Ausländer. Der Erfolg der Rechtspopulisten beweist es objektiv«, oder dass sich beispielsweise die US-Demokraten nun auf die Suche nach dem »moderaten Trump-Wähler« begeben. Anders als es die scheinbar neutrale Rede von der »Repräsentationslücke« suggeriert, hat man es hier nicht mit festgefügten Interessen und Identitäten zu tun. Wer es richtig anstellt, kann Wähler auch wieder für ganz andere Programme gewinnen.

Aber bietet sich dann nicht der Linkspopulismus gerade dafür an? Bei vielen Vertretern dieser Option bleibt unklar, was hier eigentlich genau gemeint ist. Dass man den Wählern die ja angeblich so ungeheuer komplex gewordene Welt wieder in einfacheren Worten erklärt und sich ganz generell volksnäher gibt? Diese Vorstellung ist recht trivial – und wer sie hegt, sollte sie vielleicht auch eher für sich behalten, denn gerade im Mund von Sozialdemokraten klingt die Rede von den »kleinen« und »einfachen« Leuten, die ja eigentlich nichts richtig verstehen, doch recht paternalistisch (man fühlt sich an die Wahlkampfmanager von Hillary Clinton erinnert, die sich bemühten, die Kandidatin »menschlicher« erscheinen zu lassen – und dies dann auch noch offiziell ankündigten, was das Vorhaben natürlich im Nu zunichtemachte).

Oder geht es um mehr Leidenschaft oder vielleicht auch um ganz bestimmte, eher emotional besetzte Inhalte? Auch dies erscheint eher trivial: Gute Politikerinnen und Politiker wissen, wie sie die Stimmungen und Gefühle der Bürger ansprechen; das hat nichts spezifisch Populistisches – auch wenn während der Merkel-Ära diese Binsenweisheit vielleicht ein wenig in Vergessenheit geraten ist. Es haftet zudem nichts besonders Populistisches an einem Begriff wie »Heimat« – denn Populismus ist keine Frage von Inhalten, sondern von einem moralischen Alleinvertretungsanspruch gegenüber dem Volk.

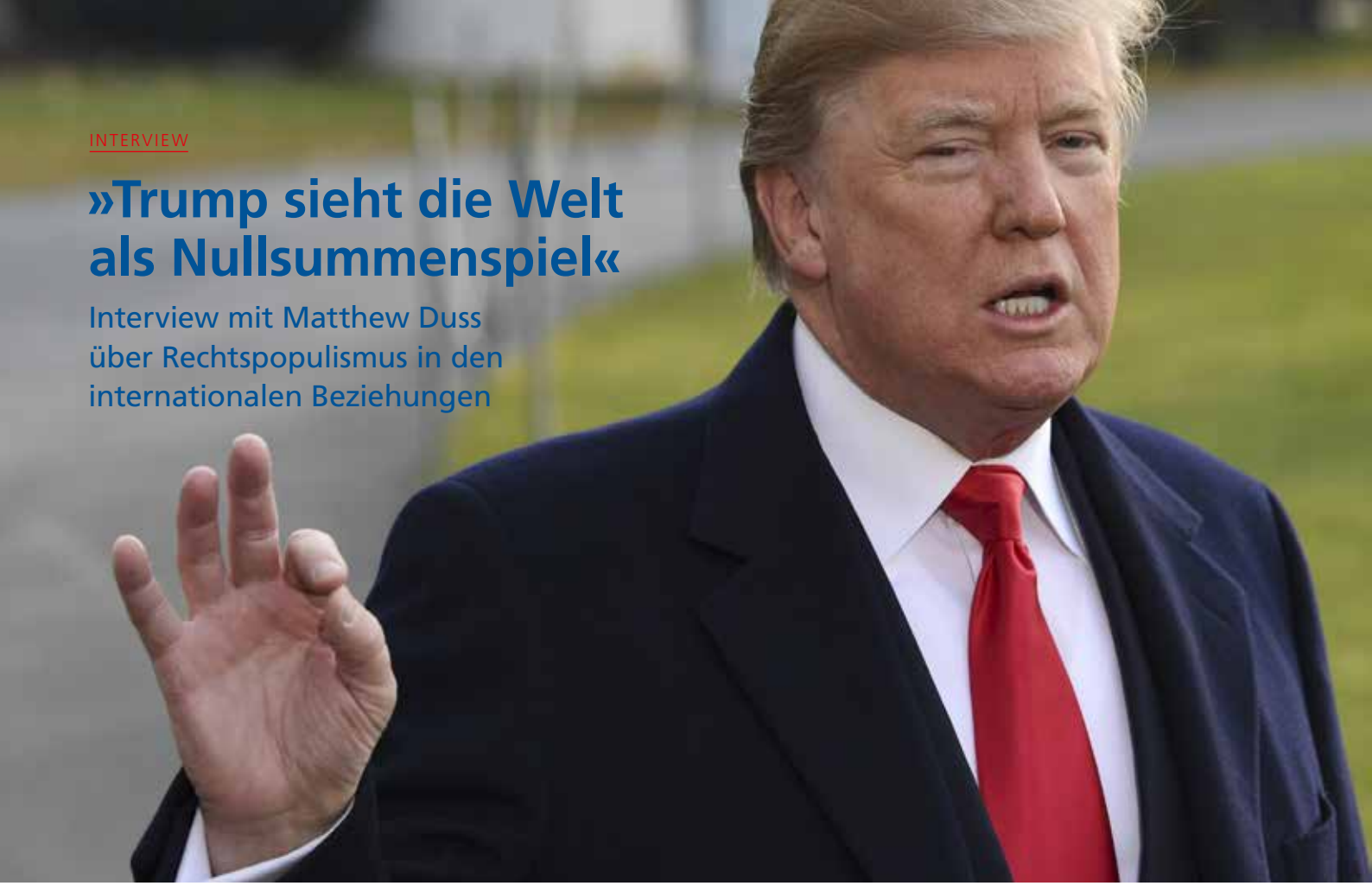
Und wenn man es dann wirklich ernst damit meint? Ist es nicht das Erfolgsgeheimnis einer Partei wie Podemos, dass sie den Hauptkonflikt in der spanischen Gesellschaft ganz bewusst von »links gegen rechts« auf »abajo contra arriba«, das Volk gegen die Eliten, umgestellt hat? Ist »Volksbildung« im doppelten Sinne nicht Aufgabe jeder Partei, die sich nicht den herrschenden (neoliberalen) Diskursen anpassen, sondern eine politische Kultur als Ganze prägen will?

Wie schon gesagt: Kritik an Eliten ist nicht per se populistisch. Gefährlich wird es, wenn man alle Mitwettbewerber um die Macht als illegitim oder gar gleich als Volksverräter abstempelt – so wie dies Beppe Grillo, Anführer der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, zu tun pflegt und bisweilen auch Podemos-Vertreter, wenn sie gegen ihre Konkurrenten punkten wollen. Es ist aber auch eine empirische Frage, ob diese »Volksanrufungen« Erfolg versprechen. Podemos hat schmerzhaft erfahren müssen, dass sich eine »national-populäre« Strategie nicht so ohne Weiteres von Lateinamerika auf Südeuropa übertragen lässt, nicht zuletzt, weil das Thema »Nation« in Spanien nicht gerade unproblematisch ist. Der französische Politiker Jean-Luc Mélenchon hat seine Wahlkampfrhetorik zwischen 2012 und 2017 drastisch verändert: weniger universalistisch, mehr volkszentriert. Er hat bekanntlich bei den Präsidentschaftswahlen sehr gut abgeschnitten, aber vor allem deshalb, weil er Wählerinnen und Wähler der Sozialistischen Partei zu sich herüberziehen konnte. Anders als mancher Theoretiker des Linkspopulismus erwartet hatte, gelang es kaum, Anhänger des Front National für Mélenchons 2016 gegründete Partei France Insoumise zu gewinnen.

Es ist eine grundsätzlich falsche Wahrnehmung, dass linke Erfolgsstorys der vergangenen Jahre – Bernie Sanders oder Jeremy Corbyn oder auch Podemos – etwas mit Populismus zu tun haben. Die ersten beiden sind überhaupt keine Populisten, sondern in mehr als einem Sinne alte Sozialdemokraten; der Aufstieg von Podemos verdankt sich nicht der »national-populären Strategie«, die auch Podemos-Vordenker inzwischen für gescheitert erklären, sondern der Tatsache, dass man ein konsequent linkes Programm anbietet – sowie das glaubhafte Versprechen, anders als die großen etablierten Parteien nicht bestechlich zu sein. Linkspopulismus ist ein Irrweg, einen »guten Populismus« gibt es nicht. Je schneller Sozialdemokraten das begreifen, desto besser. Denn dann könnten sie sich auf die Formulierung überzeugender Inhalte konzentrieren. ●

Dieser Artikel erschien zuerst am 3. Januar 2018 in »Internationale Politik und Gesellschaft« (ipg-journal.de).

Jan-Werner Müller lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Princeton.



INTERVIEW

»Trump sieht die Welt als Nullsummenspiel«

Interview mit Matthew Duss über Rechtspopulismus in den internationalen Beziehungen

Europa und die Vereinigten Staaten erleben zurzeit eine Renaissance des Rechtspopulismus. Wie erklären Sie sich diese Entwicklung?
Der Erfolg des Rechtspopulismus lässt sich zum großen Teil auf die Wahrnehmung der Bevölkerung zurückführen, dass die Regierung nicht in ausreichendem Maße auf ihre Bedürfnisse eingegangen ist und dass das gegenwärtige System nicht wirksam genug für eine bessere Zukunft für sie selbst und ihre Kinder sorgt. Historisch betrachtet, haben Demagogen diese Gefühle immer ausgenutzt und die Schuld Randgruppen zugewiesen. Wir sehen das derzeit an den Attacken gegen Migranten und andere Minderheiten.

Wie wirkt sich Donald Trumps »America-first«-Politik auf die internationale Politik aus?
Trump sieht in Bezug auf Amerikas Rolle die Welt als Nullsummenspiel. Seinem Denken nach muss, wenn jemand anderes gewinnt, die USA zwangsläufig verlieren. Die Nachkriegsordnung ist jedoch in Teilen auf der Idee aufgebaut, dass wir alle von gegenseitigen Sicherheitsgarantien und gemeinsamer Entscheidungsfindung profitieren. Trump scheint diese Idee im Grundsatz abzulehnen zugunsten eines uneingeschränkten Unilateralismus.

Wie gefährlich ist dieser populistische und nationalistische Trend?
Wir wissen aus der jüngeren Vergangenheit, dass Ideologien, die nationale oder ethnische Reinheit hochschätzen oder die benachteiligte Minderheiten für die Missstände in der Gesellschaft verantwortlich machen, sehr schnell sehr gefährlich werden können. Normen, die Minderheiten vor Angriffen schützen und die viele Jahrzehnte brauchten, um geschaffen zu werden, können binnen kürzester Zeit verschwinden, wenn zu wenige gewillt sind, sie zu verteidigen.

Was können progressive Politikerinnen und Politiker tun, um diese Entwicklung umzukehren?
Sie könnten zuallererst anerkennen, dass viele Menschen wirklich zu kämpfen haben, dass einige der Vorwürfe gegen die gegenwärtige Ordnung durchaus gerechtfertigt sind. Sie müssen jedoch zugleich klarstellen, das den Minderheiten dafür die Schuld zu geben, absolut die falsche Antwort ist. Die richtige Antwort ist, eine Politik zu verfolgen, die Wohlstand, wirtschaftliche Sicherheit und Würde für alle fördert.

Matthew Duss ist außenpolitischer Berater von Bernie Sanders, Senator des Bundesstaats Vermont und ehemaliger US-Präsidentschaftskandidat für die Demokratische Partei.

Lieber mehr als weniger

Warum die Linke den Nationalstaat braucht und der Nationalstaat die Linke

Von Michael Bröning

In aufgeklärten Kreisen führt ein Lobgesang auf den Nationalstaat derzeit rasch in die gesellschaftliche Isolation. Ein Plädoyer für die Nation? Eine Verteidigung des Staates? Kaum ein anderer Diskussionsbeitrag wird mit so eifriger Zustimmung bedacht wie der Hinweis auf die Überwindung des Nationalstaats. In der Ökonomie, den Sozialwissenschaften und in moralischen Erwägungen hat sich der Abgesang auf die Nation längst zu so etwas wie einem Soundtrack der öffentlichen Auseinandersetzung entwickelt.

Die Sozialwissenschaften definieren die Nation als »imaginierte Gemeinschaft«. Weshalb dann nicht über die Dekonstruktion den Weg bahnen für eine friedliche Zukunft, in der, wie von John Lennon besungen, nicht länger Staaten dem Traum weltweiter Brüderlichkeit entgegenstehen? »It's easy, if you try!« Als Konsens gilt: In Zeiten der Globalisierung ist der Nationalstaat bestenfalls ein impotenter Atavismus, zugleich aber auch ein gefährlicher Irrweg zurück zu Gewalt und Irrationalität.

Sicher, die deutsche Nationkritik ist geradezu selbstverständlich. Wer möchte nach der mörderischen Hybris des Dritten Reiches an den Zutaten der Giftmischung festhalten? Das Vertrackte daran ist, dass der Exorzismus der Nation eben deshalb eine spezifisch deutsche Perspektive ist, die ebenfalls Züge einer teutonischen Hybris enthält. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Befreiung des Kontinents vom Nationalismus nur durch die Nationen gelang. Dabei haben sich diese aus dänischer, norwegischer und polnischer Perspektive eben nicht als Tatwaffe erwiesen, sondern als Schutzschild – und zwar gegen Aggression aus Deutschland. Mit welchem Recht wird dieses Schild demontiert?

Und noch eine Frage bleibt: Weshalb weigern sich die Menschen weltweit, die sozial konstruierten, rückwärtsgewandten und dabei so impotenten wie gefährlichen Nationen endlich dorthin zu befördern, wohin sie zu gehören scheinen: auf den Müllhaufen der Geschichte? Weil die Menschen diese Auffassung nicht teilen. Nach dem »World Values Survey« zeigen sich 86 Prozent der Befragten »sehr« oder »ziemlich stolz« auf ihre Nation. Und die Zahl der Nationalstaaten wächst.

Und dies nicht ohne Grund: Auf globaler Ebene sind die Einhegung des Kapitalismus und nachhaltige Entwicklung am ehesten in eigener Nationalstaatlichkeit zu erreichen. Und: Faktisch wird die globale Ordnung derzeit nicht dort erschüttert, wo zu viel, sondern wo zu wenig Staatlichkeit zu Chaos führt.

Auch auf europäischer Ebene erweist sich die Symbiose von Demokratie und Staat als weitgehend alternativlos. Die Demokratie muss auf einen Demos, eine klar definierte demokratische Körperschaft, zurückgreifen. Es ist dieser Rahmen, in dem linke Politik historisch angetreten ist, um Solidarität gegen die Interessen des Kapitals zu organisieren. Eine EU, die sich zu einem Motor der Liberalisierung entwickelt, untergräbt dabei die soziale Substanz demokratischer Prozesse. Wer mit Willy Brandt »mehr Demokratie wagen« will, muss derzeit gerade in Europa mehr Flexibilität und mehr Nationalstaat wagen, was der punktuellen Stärkung europäischer Kompetenzen nicht widerspricht.

In der Migrationsfrage gilt desgleichen: Solidarität und Integration benötigen ein »Wir«, das sie tragen. Dem demokratischen Nationalstaat kommt eine wesentliche Bedeutung zu, ethische Verpflichtungen mit einer weltoffenen Verteidigung des Sozialstaats zu verbinden.

All das ist kein Anbiedern an den Zeitgeist. Im Gegenteil, es ist eine Wiederentdeckung. Progressive Kräfte errangen stets dann Mehrheiten, wenn sie ihren Internationalismus mit einem Bekenntnis zum starken Staat verknüpften. Olof Palme hatte das im schwedischen »Volksheim« ebenso erkannt wie Willy Brandt, der 1972 mit der Losung »Stolz sein auf unser Land« ins Kanzleramt einzog. Eine Linke, die das vergisst, stellt sich gegen gesellschaftliche Mehrheiten – und gegen die eigene Wählerschaft, wie derzeit europaweit zu beobachten ist.

Eine Wiedergeburt der Linken dürfte nur dann möglich sein, wenn es progressiven Kräften gelingt, ihre Position als Fürsprecher eines starken Nationalstaats mit ihrem Internationalismus zu verbinden. Daher lautet die Lehre der vergangenen Dekaden: Nicht nur die Linke braucht den Nationalstaat, sondern auch der Nationalstaat die Linke. ●

Dr. Michael Bröning leitet das Referat Internationale Politikanalyse. Sein Buch »Lob der Nation. Weshalb wir den Nationalstaat nicht den Rechten überlassen dürfen« erscheint im März 2018.

Wütende weiße Frauen?
Über das weibliche Gesicht des Rechtspopulismus in Europa

Von Jonathan Menge

Im Jahr 2017 kamen rechtspopulistische Politikerinnen bei den Wahlen in Frankreich, den Niederlanden, Österreich und anderen europäischen Ländern politischen Führungspositionen bedrohlich nahe. Zwar haben sich die pessimistischsten Prognosen vielerorts nicht erfüllt. Dennoch: Rechtspopulistische und zum Teil rechtsextreme Parteien sind heute im Mainstream der allermeisten politischen Systeme Europas angekommen.

Bemerkenswerterweise spielten in den letzten Jahren häufig Frauen eine prominente Rolle. In Frankreich hat Marine Le Pen den Front National erfolgreich aus der rechten Schmuddelecke in Richtung politische Mitte geführt. In Polen war bis vor Kurzem Beata Szydło als Ministerpräsidentin eines der Gesichter der PiS und auch in Deutschland waren und sind Frauen wie Frauke Petry, Alice Weidel oder Beatrix von Storch in den letzten Jahren prägende Figuren der AfD. Dabei galten rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien doch seit jeher als Männerdomänen.

Parteien des wütenden weißen Mannes?

Der Aufstieg des Rechtspopulismus wird häufig mit der Mobilisierung der abgehängten und enttäuschten mittelalten Männer erklärt. Und tatsächlich sind es fast in allen europäischen Ländern (mittelalte) Männer, die den Großteil der Wähler_innen der jeweiligen Parteien ausmachen. Dennoch: Die beliebte Zuspitzung greift sowohl in ihrer ökonomischen als auch in ihrer geschlechtlichen Dimension zu kurz und verstellt den Blick für eine Feminisierung des Rechtspopulismus, die nicht unerheblich zu den Erfolgen der jüngeren Zeit beigetragen hat.

Dass es nicht unbedingt wirtschaftlich Abgehängte, sondern Menschen aus der Mittelschicht sind, die rechtspopulistische Parteien wählen, ist dabei bereits breit diskutiert worden. Nicht selten kommen sie aus zum Teil gut situierten Arbeitermilieus, die zur Kernklientel sozialdemokratischer Parteien zählten.

Eher unterbelichtet ist jedoch die Tatsache, dass auch ein beträchtlicher Anteil der Wählerinnen für rechtspopulistische Parteien stimmt. Immerhin 42 Prozent der amerikanischen Wählerinnen stimmten für Donald Trump – trotz dessen frauenfeindlicher Sprüche im Wahlkampf. Unter weißen Frauen stimmten mehr als die Hälfte (53 Prozent) für ihn und bei jenen ohne College-Abschluss sogar über 60 Prozent.

Auch in Deutschland ist der Anteil der Wählerinnen, die die AfD wählen, nicht zu vernachlässigen. So entfielen in Ostdeutschland 17 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die AfD (während sie bei den Männern mit 26 Prozent stärkste Kraft wurde). Aber auch in Anbetracht eines Ergebnisses von acht Prozent bei den Wählerinnen und 13 Prozent bei den Wählern in Westdeutschland kann keine Rede von einer reinen »Männerpartei« sein.

Doch warum wählen heute so viele Frauen rechtspopulistische Parteien? Der Aufstieg des Rechtspopulismus scheint nicht unerheblich mit der erfolgreichen Ansprache von Frauen zu tun zu haben. Diese Ansprache scheint zum Teil auf die Besetzung von Führungspositionen mit charismatischen Frauen zurückzuführen sein, ohne dass die Parteien dadurch weniger männerdominiert wären: Nur zehn der 94 Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion sind Frauen.

Trotz oder wegen ihrer Rückwärtsgewandtheit?

Rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien sind nach wie vor »Herrenclubs« – weitaus mehr als andere Parteien. Insbesondere in Osteuropa gelingt es Rechtspopulist_innen, Frauen für ihre Politik zu gewinnen. Sie versprechen großzügige Sozialleistungen für Familien und füllen Budgetposten, bei denen progressive Vorgängerregierungen unter wirtschaftsliberalen Spardiktaten vielfach keinen Spielraum gesehen hatten. Dass diese Parteien dafür an anderer Stelle die Selbstbestimmungsrechte von Frauen beschneiden, scheint bei der Wahlentscheidung nachrangig zu sein.

Um diese Zusammenhänge weiter zu erforschen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung, in einer Zusammenarbeit der Referate Forum Politik und Gesellschaft, Westliches Europa und Nordamerika sowie Mittel- und Osteuropa, sechs Länderstudien in Auftrag gegeben. In diesen Kurzanalysen werden sowohl familien- und gleichstellungspolitische Positionen von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Polen, Ungarn und Schweden als auch die Rolle von Frauen in diesen Parteien untersucht. Zudem gehen sie der Frage nach, warum Frauen diese Parteien unterstützen, und werfen einen Blick auf progressive Gegenstrategien. Die Studien werden unter dem Titel »The Female Face of the Populist and Far Right« im ersten Quartal 2018 erscheinen.

Erste Ergebnisse dieser Analysen bildeten zudem die Grundlage eines international besetzten World Cafés, das am 9. November 2017 im Rahmen des »World Forum for Democracy« des Europarats von der FES in Straßburg ausgerichtet wurde. Im Rahmen des stiftungsübergreifenden Projekts »Politik für Europa« diskutieren Expert_innen aus der Wissenschaft mit Aktivist_innen und Politiker_innen über das weibliche Gesicht des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. ●

Jonathan Menge war bis Ende 2017 Referent für Familien- und Geschlechterpolitik im Forum Politik und Gesellschaft.

Näheres:
→ www.fes.de/europecalling/europe-calling-strasbourg

VERGLEICHENDES PROJEKT

Aktion statt Reaktion
Progressive Strategien gegen Rechts

Von Christian Krell und Henri Möllers

Das leuchtende Rot der Schwedenhäuschen verblasst und es kommen mitunter Variationen von Braun zum Vorschein. Inzwischen haben sich in allen Ländern Skandinaviens rechtspopulistische Parteien etabliert. Nähert man sich den Häuschen, zeigt sich, dass zwischen diesen Farbveränderungen durchaus ein Zusammenhang besteht. Einerseits sprechen die Rechtspopulisten mit ihrer Rhetorik klassische Themen der Sozialdemokratie an: zum Beispiel in einem antielitären Ressentiment enthaltene Auffassungen von sozialer Gerechtigkeit, die im Wohlfahrtschauvinismus enthaltene soziale Sicherung oder ganz allgemein die »Sorgen des kleinen Mannes«. Andererseits stellt ihre Programmatik das Gegenteil von traditionell sozialdemokratischer Politik dar. Rechtspopulistische Politik führt zu einer Spaltung der freiheitlichen und einschließenden Gesellschaft und zum Abbau des Wohlfahrtsstaats durch neoliberale Politik.

Die drei nordischen Länder Dänemark, Norwegen und Schweden zeigen eindrücklich, wie die neoliberale Steuersenkungsprogrammatik der »Dansk Folkeparti« und der norwegischen »Fremskrittsparti« um eine nationalistische Rhetorik in wohlfahrtsstaatliche Bereiche ausgeweitet wurde. Wie sehr diese Entwicklung vorangeschritten ist, kann man an Diskursverschiebungen in genuin sozialdemokratischen Politikfeldern beobachten. Sichtbar ist dies durch die in Norwegen aktive und in Dänemark aktiv tolerierende Einbindung dieser Parteien in bürgerliche Koalitionsregierungen. In Schweden werden die Schwedendemokraten noch von der Regierungsverantwortung ferngehalten, ihre aus rechtsradikaler Ideologie stammende Rhetorik verfängt jedoch im politischen Diskurs und treibt unter anderem die regierende Sozialdemokratie mit wohlfahrtschauvinistischen Positionen vor sich her. In Deutschland bestätigt der Einzug der AfD in den Bundestag, dass dieser Doppelcharakter des Rechtspopulismus zwischen »volksnaher« Rhetorik und neoliberaler Programmatik auch in Deutschland lebt.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Nordische Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Aufgabe gemacht, die verschiedenen Faktoren für den Aufstieg des Rechtspopulismus in Dänemark, Deutschland, Norwegen und Schweden zu beleuchten. Im vergleichenden Projekt »Reclaiming Action« – Progressive Strategies in Times of Growing Right-Wing Populism« sollen bis Ende 2018 diese Faktoren und spezifische Strategien gegen Rechtspopulismus identifiziert und daraus Empfehlungen für progressive Parteien abgeleitet werden.

Das Projekt geht dabei über die gängigen Erfolgskriterien in Form von Wahlergebnissen hinaus und fahndet nach der diskursiven Dimension möglicher Gegenstrategien. Insbesondere die Ausrichtung auf diesen Aspekt soll die Kernfrage beantworten, wie sich die Sozialdemokratie in einem veränderten Diskursumfeld nicht nur behaupten, sondern ihre eigenen Werte und Programme mit Strategien versehen kann.

Zusammen mit Länderexpertinnen und -experten und einem Beratungsgremium erörtern wir, wie die Diskursverschiebung durch den Rechtspopulismus verhindert werden kann. Studien, Podcasts, Seminare und Hintergrundgespräche sollen Antworten auf folgende Fragen geben: Welche Themen können progressive Parteien setzen und zu ihrem Vorteil formen? Wie können sie in der öffentlichen Debatte und verändernden Plattformen für einen demokratischen und konstruktiven politischen Dialog sorgen? Und: Welcher Sprache sollten sich progressive Akteure bedienen, um ihre Agenda zu verbreiten?

Als Ergebnis des »Reclaiming-Action«-Projekts sollte am Ende stehen, welche Farbtöne für die Renovierung des Häuschens in der Werkstatt vorhanden sind und welche Malutensilien und Hinweise nötig sind, damit der gewählte Farbanstrich nicht nur ansprechend ist, sondern auch lange hält. ●

Dr. Christian Krell leitet das FES-Büro für die Nordischen Länder in Stockholm.

Henri Möllers leitet das Projekt »Reclaiming Action« im FES-Büro für die Nordischen Länder.

Näheres:
→ www.fesnord.org/topics/reclaiming-action

GASTBEITRAG

Gegenerzählung

Linke Parteien müssen die Debatte wieder auf die soziale Frage lenken

Von Maria Maltschnig

Österreich hat im Oktober 2017 einen neuen Nationalrat gewählt. Die rechtspopulistische Regierung unter Bundeskanzler und ÖVP-Chef Sebastian Kurz wurde in der Woche vor Weihnachten vereidigt. Vizekanzler der Regierung ist FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, dessen Partei unter anderem die Ressorts Inneres, Verteidigung und Äußeres innehat und damit über die alleinige Kontrolle über alle uniformierten Einheiten und Nachrichtendienste des Landes verfügt.

Das Wahlergebnis war kein Erdrutsch, steht aber doch für eine deutliche Verschiebung nach rechts – sowohl arithmetisch als auch atmosphärisch. Neu ist, dass sich das rechte Lager nach einer langen Geschichte von Parteispaltungen konsolidiert hat. Die inhaltliche Ausrichtung der Konservativen und der Freiheitlichen deckt sich mittlerweile in weiten Teilen. Die ÖVP hat in Fragen der Sicherheit, Migration und Integration die FPÖ-Position übernommen, während die FPÖ das wirtschaftspolitische Programm der ÖVP im Wesentlichen vertritt – inklusive Steuersenkungen für Wohlhabende, Schwächung der Gewerkschaften und Deregulierung des Wohnungsmarkts.

Diese wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen nützen nur einer sehr kleinen Bevölkerungsgruppe, darunter die Aktionäre großer Industriebetriebe und jener Unternehmen, die nahezu alle relevanten Printmedien in Österreich besitzen. In der breiten Bevölkerung lösen solche Positionen keine Begeisterungsstürme aus. Ein Hauptgrund für den Wahlerfolg der Rechten liegt darin, dass sie es besser verstanden, eine diffuse Sehnsucht nach Veränderung aufzugreifen, kombiniert mit Verlust- und Abstiegsängsten und einem Bedeutungsgewinn von kultureller Identität.

Kulturelle Identität meint hier nicht nur die Debatte um Fragen von Sicherheit, Migration und Integration, sondern auch eine zunehmende Skepsis von Teilen der Landbevölkerung gegenüber einem kosmopolitischen Lebensstil. Die Rechtspopulisten reiten diese Welle mit einer simplen Technik: Sie beantworten alle gesellschaftlichen Herausforderungen mit einer Schuldzuweisung an Zuwanderer und versuchen so – erfolgreich –, die soziale Frage zu kulturalisieren.

Manche vertreten die Ansicht, die Sozialdemokratie dürfe sich diesem Trend nicht verweigern und müsse Signale in ähnlicher Richtung aussenden. Die Gegenthese ist: Dadurch lenkt man nur noch stärker von der sozialen Frage ab und erledigt somit erst recht das Geschäft der Rechten. Das bedeutet nicht, dass man sich nicht ernsthaft mit Fragen der Zuwanderung beschäftigen und konkrete Lösungen für konkrete Probleme finden muss. Aber zentral ist, dass die Sozialdemokratie einen eigenen starken Deutungsrahmen beansprucht und sich nicht in die Erzählung der politischen Gegner zwängen lässt.

Eine politische Bewegung, die sich dem gesellschaftlichen Fortschritt verschrieben hat, kann nur dann reüssieren, wenn sie das mit Glaubwürdigkeit, Überzeugung und Begeisterungsfähigkeit auch nach außen transportiert. Das ist vermutlich die schwierigste Übung: eine Erzählung so zu organisieren, dass sie ein breites Spektrum an Menschen mitnimmt. ●

Mag.ª Maria Maltschnig ist die Direktorin des Karl-Renner-Instituts in Wien. Sie war zuvor Kabinettschefin von Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ).

INTERVIEW

»Eine Stärkung nationalistischer Tendenzen ist zu erwarten«

Interview mit Vladimír Špidla über Rechtspopulismus in Tschechien

Bei den Parlamentswahlen in Tschechien im Oktober 2017 wurde die sozialdemokratisch geführte Regierungskoalition abgewählt. Wahlsieger mit knapp 30 Prozent war die liberal-populistische Bewegung ANO (Teil der bisherigen Regierungskoalition). Ihr Vorsitzender, der Agrochemie- und Medienunternehmer Andrej Babiš, wurde Anfang Dezember zum Regierungschef ernannt. Zum ersten Mal konnte mit »Freiheit und direkte Demokratie« (SPD) eine rechtsextreme, EU-skeptische Kraft ein zweistelliges Ergebnis erreichen. Die Sozialdemokraten (ČSSD) verloren zwei Drittel ihrer Mandate und landeten mit 7,3 Prozent auf dem sechsten Platz.

Wie wird sich der Zugewinn rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien im Parlament auf die Innenpolitik auswirken?

Die Folgen der neuen Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses lassen sich nur schwer abschätzen. Ich denke aber doch, dass es zu einer Stärkung nationalistischer Tendenzen kommen wird, da die Bewegung von Andrej Babiš sehr abhängig sein wird von der SPD Tomio Okamuras sowie von der Kommunistischen Partei.

In einem gewissen Maße deutet sich eine indirekte Koalition an. Obwohl Babiš nicht auf den Nationalismus als tragfähige politische Ausrichtung einsteigt, wird er diesbezüglich Kompromisse machen müssen.

Eine größere Gefahr sehe ich in der Haltung der ANO zum parlamentarischen System. Da Babiš Chef einer oligarchischen Struktur war, wird er versuchen, das parlamentarische Leben dieser Erfahrung anzupassen. Er wird also unter dem Motto der Effektivität Parlamentsdiskussionen und die parlamentarische Kontrolle beiseiteschieben.

Worin sehen Sie die größte Aufgabe der Sozialdemokratie in der Opposition?

Vor allem muss es ihr darum gehen, eine funktionierende parlamentarische Demokratie zu erhalten. Das Parlament darf nicht ausgehöhlt werden und beide Kammern müssen ihr verfassungsgemäßes Gewicht beibehalten. Wichtig wird auch sein, keine tiefer gehenden Parlamentsreformen zuzulassen, insbesondere nicht die Abschaffung des Senats. Gerade die gegenwärtige Situation verdeutlicht, wie wichtig der Senat als demokratischer Sicherungsmechanismus ist.

Ebenso wesentlich ist das Ringen um einen Staat der öffentlichen Dienstleistungen und um einen Sozialstaat. In einigen Bereichen ist bereits die Gefahr seiner Schwächung zu erkennen. Das betrifft vor allem das Gesundheitswesen, bei dem der neue Minister die Privatisierung von Gesundheitsdienstleistungen angekündigt hat.

Die Tschechische Republik war oft Vermittler zwischen den alten und neuen Staaten der Europäischen Union und unterhielt gute Beziehungen zu Deutschland. Wird sich das nun ändern?

Die EU- und Deutschland-Politik von Babiš wird zweifelsohne pragmatisch sein. Was Deutschland betrifft erwarte ich keine Probleme. Bei der EU sehe ich das Risiko, dass Babiš Tschechien mit der radikalen Ablehnung des Euros aus dem Mainstream der europäischen Integration hinausführt.

Vladimír Špidla war von 2002 bis 2004 Ministerpräsident der Tschechischen Republik und von 2004 bis 2010 EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit. Zuletzt, von 2014 bis 2017, war er Chefberater von Ministerpräsident Bohuslav Sobotka.

Die Fragen stellte **Anne Seyfferth**, Leiterin des FES-Büros in Prag.

Populismus à la Duterte

Interview mit dem philippinischen Populismus-Experten Richard Javad Heydarian

Wie definieren Sie Populismus und wie stellt er sich in den Philippinen dar?
Was einen Populisten ausmacht, ist der Anspruch, als Einziger den wahren Willen des Volkes zu vertreten. Zugleich erkennen Populisten nur ihre eigenen Unterstützer an. Die Ablehnung von Pluralismus ist ein weiteres Merkmal. Populisten sind von Natur aus illiberal. Sie können zwar insofern demokratisch sein, als sie Wahlen zulassen. Aber sie glauben nicht, dass andere Positionen gleichwertig sind. In den Philippinen sind die demokratischen Institutionen und unabhängigen Kräfte, die nicht mit Präsident Rodrigo Duterte übereinstimmen, seinem Zorn ausgesetzt.

Ist der gegenwärtige Populismus in den Philippinen mit früheren Politikansätzen zu vergleichen?
Der frühere Präsident Joseph Estrada war der letzte Populist, den es in den Philippinen gab. Allerdings drohte dieser zum Beispiel nicht damit, eine Revolutionsregierung einzusetzen [was das Außerkraftsetzen der Verfassung bedeuten würde, Anm. d. Red.]. Präsident Duterte hat eine vielschichtigere Basis und in dieser Hinsicht auch einen anderen Politikansatz. Das Propagieren von Dutertes autoritärem und gleichzeitig transformativem Narrativ ist etwas, das wir bereits in der Regierungszeit des Präsidenten Ferdinand Marcos erlebt haben.

Wie schaffte es der Populismus in den Mainstream der philippinischen Politik?
Ein entscheidender Faktor ist, dass die Opposition derzeit keine klare Führung hat. Es gibt keine charismatische Figur, um die sich alle Gegner Dutertes scharen könnten. Weitere Punkte sind eine weitverbreitete Unzufriedenheit mit der Demokratie der Post-Marcos-Ära und das Bedürfnis der Menschen, sofort eine umfassende Transformation zu erleben. Umfragen zeigen, dass es 60 Prozent der Befragten egal wäre, wenn die politische Führung keine Wahlen mehr abhalten würde. Das alles war einem populistischen Ansatz äußerst zuträglich.

Wie kann Populismus auf den Philippinen entgegengewirkt werden?
Das Land braucht eine Art »dritten Weg«, ein Narrativ, das weder der alten Oligarchie noch den autoritären Tendenzen Dutertes entspricht. Was wir brauchen, sind mehr Freiheiten in zivilgesellschaftlicher und ökonomischer Hinsicht. Soziale Demokratie als dritte Säule und überzeugende Alternative – das wäre wünschenswert.

Es könnte sein, dass die Bürgerinnen und Bürger in der zweiten Hälfte von Dutertes Amtszeit erkennen, dass Duterte nicht für den umfassenden Wandel steht, den sie sich wünschen. Dann könnten sie nach einer neuen Führung Ausschau halten.

Bis dahin sollte alles getan werden, um die Verfassung zu schützen und sicherzustellen, dass die Umstellung auf ein föderales System nicht vereitelt wird. Gleichzeitig sollten wir daran arbeiten, alternative Kräfte so zu stärken, dass sie Versprechungen hinsichtlich bürgerlicher und wirtschaftlicher Freiheiten auch tatsächlich umsetzen können. Positiv ist, dass gerade eine neue Generation von jungen, vielversprechenden Führungskräften heranwächst. Es gibt also beides: realen Zeitdruck, aber auch Chancen.

Richard Javad Heydarian ist Wissenschaftler, Kolumnist und Kommentator mit Schwerpunkt Asien–Pazifik.
Er ist Autor des Buches »Duterte's Rise: The Populist Backlash against Elite Democracy« und lebt in Manila.

Das Interview führten **Johannes Kadura**, Leiter des FES-Büros in Manila, Philippinen, und sein Kollege **Carlo Cabatingan**.

REGIONALPERSPEKTIVE

»Europa kann von Lateinamerika lernen«

Cristóbal Rovira Kaltwasser über die lange Tradition des lateinamerikanischen Populismus

Welche Rolle spielt der Populismus in Lateinamerika?
In Lateinamerika sind schon Anfang des 20. Jahrhunderts unterschiedliche Varianten entstanden. Drei Phasen des Populismus lassen sich unterscheiden. Die erste Phase begann in den 1940er- und 1950er-Jahren in von der Weltwirtschaftskrise stark gebeutelten Ländern. Beispiele sind Argentinien unter Juan Perón, Chile unter Carlos Ibáñez del Campo und Brasilien unter Getúlio Vargas. Diese Politiker gaben sich volksnah und setzten sich für benachteiligte Gruppen ein. Außerdem förderten sie die Einmischung des Staates in die Wirtschaft und schufen ein neues Nationalbewusstsein.

Diese Populisten hatten jedoch ein schwieriges Verhältnis zur Demokratie, weil sie oft die Unabhängigkeit politischer Institutionen wie etwa Justiz und Militär missachteten. Mit der Hinwendung zur Demokratie in den 1980er-Jahren folgte die zweite Phase des Populismus – unter Einbindung des Neoliberalismus. Präsidenten wie Alberto Fujimori in Peru und Fernando Collor de Mello in Brasilien machten die Eliten für die Probleme der Gesellschaft verantwortlich. Als Lösung präsentierten sie die Selbstregulierung der Marktwirtschaft. Die »neoliberalen Populisten« missachteten politische Institutionen ebenso und regierten zudem häufig per Dekret.

Seit Anfang des 21. Jahrhunderts lässt sich eine dritte Phase des Populismus, eine linksradikale Variante, erkennen. Vertreter sind Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador und Evo Morales in Bolivien. Durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen, haben sie die Machtkonzentration durch tiefgreifende Reformen vorangetrieben. Die Einbeziehung zuvor ausgeschlossener Gruppen wurde zwar ermöglicht, aber zu einem hohen Preis für die Demokratie. Der Populismus in Lateinamerika steht in allen seinen Formen im Spannungsverhältnis zur Demokratie.

Welche Varianten des Populismus gibt es aktuell und wie werden sie sich weiterentwickeln?
Die linksradikale Variante des Populismus durchlebt gerade eine schwierige Zeit. Venezuela kann unter Nicolás Maduro nicht mehr als Demokratie angesehen werden. Correa ist in Ecuador nicht mehr an der Macht und sein Nachfolger, Lenín Moreno, hat einen eher linksmoderaten Kurs eingeschlagen. Die Lage in Bolivien ist ernst, weil Präsident Morales auf undemokratischem Weg versucht, weiterhin Präsident zu bleiben. Insofern sieht die Zukunft des linksradikalen Populismus nicht besonders rosig aus. Bei den kommenden Wahlen könnte in manchen Ländern eine rechtsradikale Variante an Bedeutung gewinnen. In Brasilien sieht es so aus, als würden Teile der Gesellschaft einen rechtsradikalen Populismus begrüßen.

Was haben Rechts- und Linkspopulismus in Lateinamerika gemein und was nicht?
Beiden Formen gemein ist ein ähnlicher Diskurs, der auf einer moralischen Zweiteilung zwischen rechtschaffender Bevölkerung und korrupter Elite beruht. In manchen Ländern hat dies

REGIONALPROJEKT

Das FES-Forum der progressiven Parteien in Südamerika

Seit rund 15 Jahren bringt die FES ihre Partnerparteien aus ausgewählten Ländern zu einem regelmäßigen Austausch zusammen. Nach einem »progressiven Jahrzehnt« hat die Linke in Südamerika jüngst die Regierungsverantwortung in wichtigen Ländern verloren und sieht sich durch das Erstarken des konservativen Lagers herausgefordert. Im vertraulichen Rahmen des Parteienforums analysiert die FES mit ihren Partnerparteien Gründe für die politische Trendwende und unterstützt die Suche der Linken nach neuen programmatischen Impulsen. Eine Veranstaltung mit Prof. Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, im Mai 2017 in Santiago de Chile widmete sich der Rolle von Werten für Parteien und deren Umgang mit gesellschaftlichem Wertewandel.

zur Etablierung politischer Identitäten geführt wie zum Beispiel Peronismus versus Antiperonismus in Argentinien oder Fujimorismus versus Antifujimorismus in Peru.

Dennoch gibt es Unterschiede: Der Linkspopulismus neigt dazu, lokale und globale Wirtschaftseliten massiv anzugreifen, und befürwortet häufig die Einbeziehung ärmerer Gesellschaftsschichten. Der Rechtspopulismus favorisiert eine Allianz mit bestimmten Wirtschaftseliten, befürwortet eine Annäherung an die USA und geht radikal gegen Kriminalität vor.

Was am Populismus fördert und was schadet der Demokratie?

Die Region ist durch das regelmäßige Abhalten relativ freier Wahlen und enorme sozioökonomische Ungleichheit gekennzeichnet. Diese Kombination ist ein fruchtbarer Boden für populistische Strömungen. Populisten prangern, nicht immer zu Unrecht, die etablierten Eliten an angesichts einer oftmals dramatischen Lage der Gesellschaft. Insofern hat der Populismus eine demokratische Seite. Er politisiert bestehende Probleme und mobilisiert ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen. Doch der Populismus hat auch eine dunkle Seite: Die Missachtung demokratischer Prozesse kann in einer Form von kompetitivem Autoritarismus münden. Wenngleich sich also sowohl positive als auch negative Wirkungen des Populismus auf die Demokratie ausmachen lassen, ist aus meiner Sicht die Bilanz in Lateinamerika eher negativ.

Wird der Populismus in der Gesellschaft eher positiv oder eher negativ gesehen?

In Lateinamerika wird Populismus eher negativ gesehen. Populisten hinterlassen häufig eine polarisierte Gesellschaft und ihre Reformen tiefe Wunden. Die enormen sozioökonomischen Unterschiede tragen dazu bei, dass der Populismus immer wieder auftaucht. Es ist kein Zufall, dass die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich die Entstehung unterschiedlicher Arten von Populismus in Europa begünstigt hat. Insofern kann man aus der Geschichte des lateinamerikanischen Populismus wichtige Lehren für Europa ziehen.

Cristóbal Rovira Kaltwasser ist Professor der Politikwissenschaft an der Universität Diego Portales in Santiago de Chile. Er forscht zu Populismus und Demokratie.

Die Fragen stellte **Dominique Klawonn**, Projektassistentin FES-Chile, Referat Lateinamerika und Karibik.

STUDIEN

Wer wählt die AfD – und warum?

Von Dietmar Molthagen und Franziska Schröter

Knapp 5,9 Millionen Wählerinnen und Wähler (12,6 Prozent) haben am 24. September 2017 ihr Kreuz bei der »Alternative für Deutschland« (AfD) gesetzt und die Partei damit zur drittstärksten Kraft im Deutschen Bundestag gemacht. In den Wahlanalysen spielte die Frage, wie dieser Erfolg zustande kam, eine große Rolle.

Ein Blick auf die Einstellungen der AfD-Wählerschaft ist hier hilfreich. AfD-Anhängerinnen und -Anhänger denken anders als andere Bürgerinnen und Bürger. Sie fühlen sich stärker von Kriminalität bedroht (71 Prozent AfD, alle: 39 Prozent), sind der Ansicht, dass es in Deutschland eher ungerecht zugeht (68 Prozent, alle: 38 Prozent) und fühlen sich stärker benachteiligt (42 Prozent, alle: 16 Prozent). Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung lehnen sie zu 100 Prozent ab, während die Anhänger_innen anderer Parteien dies zwischen 22 Prozent (Grüne) und 63 Prozent (FDP) tun. Entsprechend richteten sich die Erwartungen der AfD-Wähler_innen vor allem auf die Flüchtlingspolitik, deren Veränderung 92 Prozent der AfD-Anhänger_innen erhoffen.

Hinzu kommt, dass die AfD-Wählerschaft offener für Verschwörungstheorien ist, »den Islam« sehr negativ bewertet und für sich und das Land eine zukünftige Verschlechterung der Lebensumstände erwartet. Die Wählerinnen und Wähler der AfD bilden somit in Bezug auf ihre politischen Einstellungen eine Sondergruppe. Dazu passt, dass sich das ohnehin negative Bild der AfD in den vier Jahren seit der Bundestagswahl 2013 nochmals verschlechtert hat. Wurde die Partei 2013 auf einer Skala von −5 bis +5 durchschnittlich mit −1,4 bewertet, lag dieser Wert 2017 bei −2,8 (zum Vergleich: SPD 2013: +1,2, 2017: +1,3).

Die AfD dient als Projektionsfläche für sehr unterschiedliche politische Wünsche und Ideen, die vor allem von einer gemeinsamen Gefühlslage zusammengehalten werden. Entsprechend müssen Strategien zum Umgang mit dem Rechtspopulismus in Deutschland langfristig angelegt sein, sowohl eine inhaltliche als auch eine emotionale Dimension umfassen und können sich nicht auf ein bestimmtes Politikfeld beschränken. ●

FES-Studien zum Thema

Beate Küpper, Das Denken der Nichtwählerinnen und Nichtwähler: Einstellungsmuster und politische Präferenzen, 2. aktualisierte Ausgabe, Berlin 2017

http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13542.pdf

Heiko Giebler, Sven Regel, Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen, Bonn 2017

http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13935.pdf

Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause, Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016.

Andreas Zick, Beate Küpper, Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015.

Dr. Dietmar Molthagen ist Referent im Forum Berlin.

Franziska Schröter ist Referentin im Forum Berlin.

ANALYSE

Make Sachsen gerecht und demokratisch again!

Von Stefan Kausch

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) erhielt bei den letzten Bundestagswahlen in Sachsen 27 Prozent der Stimmen – und ist damit stärkste Kraft im Bundesland, vor der CDU. Es bedarf keiner tieferen Analyse, um festzuhalten, dass die Wahlergebnisse gerade in Sachsen nicht vom Himmel gefallen, sondern hausgemacht sind: Das politische Klima ist geprägt von einer Nicht-Aktions-Partei CDU und ihren politisch-kulturellen Vorfeldorganisationen, die die soziale Frage ebenso ignoriert und entpolitisiert haben wie die Bekämpfung von Rassismus und Neonazismus und damit einhergehende Demokratiedefizite. Die Schwäche der SPD und der Grünen und inzwischen auch der Linken erschweren die Lage. Interessant für Erklärungen zum Wahlerfolg der AfD ist die Studie des Jenaer Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), die sozioökonomische und politisch-kulturelle Faktoren in einem Verhältnis zueinander analysiert: »Die NPD hat der AfD den Weg geebnet: Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland, besonders in wirtschaftlich abdriftenden, aber auch in prosperierenden Regionen profitiert die AfD von einer lokalen politischen Kultur, in der sich Demokratieverdrossenheit und Rechtsextremismus normalisieren konnten.«

Das gilt umso mehr für Sachsen, in dem auch 27 Jahre nach der Wiedervereinigung Gerechtigkeitsfragen und Probleme des sozialen Zusammenhalts noch zu wenig bearbeitet werden. Der aktuelle Sachsen-Monitor zeigt: Über 70 Prozent der sächsischen Bevölkerung sieht den gesellschaftlichen Zusammenhalt verloren gehen. Der SPD-Landtagsabgeordnete Henning Homann meint dazu: »Nur 20 Prozent sagen, dass es der Demokratie gelungen sei, soziale Ungleichheit abzubauen. Und nur 22 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter sagen, dass sie ihren gerechten Anteil bekommen.« Auch die Chancen für den sozialen Aufstieg werden in diesem Milieu als sehr schlecht angesehen.

Wir haben also ein komplexeres Bild der Lage, wie es auch die IDZ-Studie skizziert: »Strukturschwäche, Demokratieentfremdung und höhere Bereitschaft zur Wahl rechtsextremer Parteien gehen in vielen Regionen Hand in Hand und begünstigen die Erfolge der Rechtspopulisten maßgeblich. Darüber hinaus zeigen sich jedoch auch in Regionen mit mittleren und höheren Einkommen hohe Mobilisierungserfolge.« Das heißt auch, dass mehr Wohlstand und mehr Bildung nicht automatisch zu größerer Demokratie-Akzeptanz führen.

Wichtiger wäre wohl, Sachsen rückt von der Erzählung seiner verklärenden Erfolgsgeschichte ab und zeigt auch die Kehrseite der Medaille. Denn die ökonomischen Erfolge konnten oft nur durch Prekarisierung, Flexibilisierung, totale Mobilität oder Verarmung erzielt werden – Stichwort Billiglohnland. Politische Kultur war bisher weniger Demokratie wagen, sondern Ignorieren von Rassismus und Neonazismus. »Eine gesellschaftliche Befriedung zu erreichen«, wie es der neue Ministerpräsident Michael Kretschmer anstrebt, wird deshalb nur möglich sein, wenn Sachsen die soziale und demokratische Frage gleichermaßen angeht. ●

Stefan Kausch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Leipziger SPD-Landtagsabgeordneten Holger Mann. Er ist außerdem Mitglied im Netzwerk Engagierte Wissenschaft e. V.

INTERVIEW

»Die AfD ist ein Elchtest für die Demokratie«

Fragen an Olaf Sundermeyer zum Umgang der Medien mit Rechtspopulismus

Haben die Medien durch ihre breite Berichterstattung zum Erfolg der AfD beigetragen?
Zumindest haben jene Redaktionen zum Erfolg der AfD beigetragen, die dem kalkulierten Skandal der AfD auf den Leim gegangen sind. Bei dieser Partei geht es nicht darum, ob man über sie berichten sollte, sondern was und wie man über sie berichtet. Und das geht über Relevanz, was viele Kolleg_innen zeitweilig aus den Augen verloren haben. Im Ergebnis wurde die Partei größer gemacht, als sie war. Viele Kolleg_innen waren einfach scharf auf dieses Trendthema, ohne sich mit den Mechanismen des Populismus auszukennen. Viele Journalist_innen – ebenso wie Politiker_innen – haben sich von der AfD treiben lassen.

Jedes Interview mit einem Rechtspopulisten gibt dem Befragten die Möglichkeit, rechtspopulistische Inhalte zu verbreiten. Wie kann man dies verhindern?
Indem man sich gut vorbereitet: Die AfD ist ein Elchtest für die Demokratie und ihre Institutionen, auch für den Journalismus. Wir sind dazu gezwungen, im Umgang mit Rechtspopulisten noch sorgfältiger zu arbeiten, uns noch besser vorzubereiten. Wer das unterlässt, wird automatisch zum Opfer der Populisten. Eigentlich könnte man der AfD dankbar sein, dass sie unsere Sinne schärft.

Was sind die größten Fehler von Journalisten im Umgang mit Rechtspopulisten?
Ich erlebe häufig, dass sich Kolleg_innen einzelnen AfD-Politiker_innen, denen sie begegnen, moralisch oder gar intellektuell überlegen fühlen. Das ist der größte Fehler, auf den die Partei zählt und den sie auszunutzen weiß. Ich musste als Reporter live im Studio mal einem prominenten Hörfunkmoderator widersprechen, der Alexander Gauland als jemanden im Kollegengespräch mit mir vorgestellt hat, der »die Weisheit nicht mit Löffeln gefressen hat«. Diese Haltung macht die AfD-Anhänger stark. Weil sie sich grundsätzlich von uns Journalisten bevormundet fühlen.

Wie können diese Fehler vermieden werden?
Durch gute Vorbereitung und einem gehörigen Respekt vor dem Berichterstattungsgegenstand. Es hilft auch, als Journalist öfter mal die eigene Blase zu verlassen, weil die Lebenswirklichkeit in Deutschland eine andere ist als die in den Redaktionsstuben. Die AfD ist der Gefühlswelt vieler Menschen oftmals näher als wir Journalisten. Das sehe ich in meiner Arbeit fast täglich.

Medien stehen heute unter enormem wirtschaftlichen Druck. Wie können Journalisten dennoch standhaft bleiben?
Haltung heißt nicht, gegen die AfD zu schreiben. Haltung ist, Prinzipien zu bewahren, die in unserem Beruf klar definiert sind: und zwar nicht über Klickzahlen oder die Erwartung eines Chefs vom Dienst, der an der Nadel der Agenturen hängt.

PUBLIKATIONSREIHE

Gespaltene Mitte – polarisiert wie nie

Im Zweijahresrhythmus messen die »Mitte-Studien« der Friedrich-Ebert-Stiftung rechtsextreme Einstellungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit mit einer breit angelegten Befragung. Die Befunde der aktuellen Ausgabe sind mit Blick auf den Erfolg der AfD brisant und hochrelevant. Die Wissenschaftler_innen der Universität Bielefeld fanden Belege für eine wachsende Radikalisierung und Polarisierung. Auch misst die Studie ganz deutlich den Zusammenhang zwischen Populismus, Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie eine wachsende Gewaltbereitschaft, gekoppelt mit Demokratiemisstrauen.

Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause
Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtextreme Einstellungen in Deutschland 2016
ISBN 978-3-8012-0488-4

Bestellbar bei Gaby Rotthaus, Forum Berlin (forum.gr@fes.de)

Olaf Sundermeyer ist Rechtsextremismus-Experte des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) in Berlin und regelmäßiger Referent bei FES-Veranstaltungen für Journalist_innen.

Die Fragen stellte **Carla Schulte-Breidenbach**, Leiterin der FES-JournalistenAkademie.

FILMPROJEKT

Sanftmütig gegen Rassisten

Gespräch mit Mo Asumang über ihren Film »Die Arier«

In ihrem Dokumentarfilm »Die Arier« begibt sich Regisseurin Mo Asumang auf Demonstrationen von Rechtsradikalen, trifft sich in den USA mit weltweit berüchtigten Rassisten und findet im Iran heraus, wer die Arier in Wirklichkeit sind. Mutig führt sie den direkten Dialog mit Menschen, mit denen die meisten wohl aus nachvollziehbaren Gründen jeden Austausch verweigern würden.

Was hat Sie motiviert, dem Begriff »Arier« auf den Grund zu gehen und das Gespräch mit Menschen zu suchen, die Ihnen mit Verachtung begegnen?
Am Anfang stand eine Frage an mich selbst: »Bin ich weniger wert als ein Arier?« Grund für diese Frage war eine gegen mich gerichtete Morddrohung einer Band mit dem Namen »White Aryan Rebels«. Herauszufinden, wer Arier sind, war also sehr wichtig für mich. Naheliegend war, mit Menschen zu sprechen, die sich selbst ganz stolz Arier nennen, also Rassisten, der Ku-Klux-Klan, Menschen, die sich über andere stellen. Letztlich landete ich dann aber im »Land der Arier«: So heißt der Iran wortwörtlich übersetzt. Weiße, Deutsche, sind also gar keine Arier. Dumm gelaufen.

Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Nationalismus nehmen in der öffentlichen Diskussion immer mehr Raum ein. Wie sehen Sie das?
Das Ganze läuft unter dem Begriff »Rassenkrieg« ab. So nennen es die amerikanischen Rassisten: »race war«. Dort und hier versuchen Rassisten, Antisemiten und Islamfeinde alles, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das Thema »Rasse« zu lenken, also »wir« und »die anderen«. In den letzten zwei Jahren wurden dadurch wichtige Themen wie Gesundheit, Rente, Bildung usw. überlagert. Das ist nicht gut für eine nach Fortschritt strebende Gesellschaft. Wir müssen die Vielfalt unserer Themen wieder zurückerobern.

Was kann jede und jeder Einzelne tun, um diesem Trend entgegenzuwirken? Wäre insgesamt mehr Diskussionsbereitschaft auch gegenüber Menschen mit stark abweichenden Meinungen hilfreich?
Na unbedingt! Wir wollen den Rassisten doch nicht den Gefallen tun, uns von unseren Werten wie Offenheit und Menschlichkeit abzuwenden. Im Gegenteil: Der derzeitige Rassismus ist eine Prüfung – für uns alle. Wann bricht unsere Herzlichkeit zusammen, weil uns nicht gefällt, was ein Rassist sagt oder im Netz schreibt? Man muss wissen, dass sich der Rassist nicht ändert, wenn wir schreiend vor ihm oder ihr stehen. Ein Mensch mit rassistischem Gedankengut wird auf all seinen privaten Ebenen permanent mit Hass vollgemüllt. Mein Trick bei den Treffen ist, nicht zu diskutieren, sondern Fragen zu stellen. Ich habe immer versucht, mein Gegenüber durch seine Antworten dazu zu bringen, über das, was da gerade aus seinem Mund poltert, nachzudenken. Wenn wir diese Fragen nicht stellen, wer dann? In diesen Kreisen wird ja nichts hinterfragt. Wenn wir die Menschenfeindlichkeit, die sich bei Millionen von Deutschen gebildet hat, loswerden wollen, dann müssen wir zeigen, dass wir es besser können, und ihnen ein Vorbild sein.

Sie arbeiten im Rahmen des Films auch eng mit der FES zusammen. Sie sind immer gerne vor Ort und diskutieren mit unseren Gästen. Wie fällt die Resonanz auf den Film aus?
Meist sind die Schüler_innen und Gäste verblüfft. Der Film »Die Arier« zeigt einen ganz anderen Ansatz für den »Kampf« gegen Rassismus, weil es kein Kampf ist! Und weil der Film zu so einem harten Thema oft sanftmütig daherkommt. Da müssen die meisten erst einmal in sich gehen. Das finde ich schön. Und ich genieße es, die Leute zu überraschen und vor allem zu motivieren, neue Wege zu gehen. Wann, wenn nicht jetzt?!

Regelmäßig zeigt die Friedrich-Ebert-Stiftung den Film mit anschließender Diskussion; die 45-minütige Schulfassung entstand mit Unterstützung des FES-Projekts »Gegen Rechtsextremismus«. Das an den Film angelehnte Buch »Mo und die Arier« kann u. a. über die Bundeszentrale für politische Bildung bezogen werden.

Der Film »Die Arier« kann angeschaut werden:
→ www.bpb.de/mediathek/198266/die-arier

Mo Asumang ist Regisseurin, Fernsehmoderatorin, Schauspielerin, Sängerin, Synchronsprecherin und Filmproduzentin. Die Tochter einer Deutschen und eines Ghanaers wuchs in Kassel auf und lebt heute in Berlin.

Die Fragen stellte **Simon Schüler**, Referent im FES-Landesbüro Hessen.

Flucht, Migration, Integration

Die Friedrich-Ebert-Stiftung setzt einen Schwerpunkt auf die Themen Flucht, Migration und Integration.

Menschen waren, sind und werden immer in Bewegung sein – aus unterschiedlichsten Gründen. Migration und Mobilität sollten daher global gerecht gestaltet werden. In Deutschland setzen wir uns für eine Einwanderungsgesellschaft ein, die auf den Grundwerten und Prinzipien der Demokratie beruht und allen Menschen eine chancengleiche Teilhabe ermöglicht.

Dies ist für uns keine Utopie, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Weitere Informationen, Veranstaltungen und Publikationen der FES zu diesem Themenbereich finden Sie unter www.fes.de/fmi.

WORKSHOPREIHE

Kommen, um zu bleiben?
Szenarien möglicher EU-Afrika-Migrationspolitik

Von Elisabeth Braune

Migration zwischen Westafrika und Europa ist in den letzten Jahren in beiden Regionen zu einem politischen Kernthema geworden. Gemeinsam mit dem Käte Hamburger Kolleg hat die Friedrich-Ebert-Stiftung daher Szenarien zu Migrationsbewegungen bis 2030 entwickelt. Sie dienen als konstruktiver Beitrag zur Debatte über »Fluchtursachenbekämpfung« und mögliche Ansätze einer vorausschauenden, für beide Seiten nutzbringenden Migrationspolitik. Rund 30 westafrikanische und europäische Expert_innen erarbeiteten in drei Workshops zwischen Juni und November 2017 in Berlin, Dakar und Brüssel Szenarien nach der Shell-Methode.

Szenario »Konfliktreiche Beziehungen«

In diesem Szenario hat ein zunehmend ausländerfeindliches und zersplittertes Europa einseitig sehr strikte Migrationspolitiken gegenüber Westafrika eingeführt, sich von jeglicher Art der kooperativen und wertebasierten Zusammenarbeit verabschiedet und seine entwicklungspolitische Unterstützung erheblich verringert. Die westafrikanischen Länder haben infolgedessen ihre Beziehungen zu Nicht-EU-Ländern ausgebaut. Neben fortgesetzter Migration nach Europa werden andere Regionen, insbesondere Asien und der Mittlere Osten, als Auswanderungsziel attraktiv. Jene, die dennoch versuchen, auf illegalen Wegen nach Europa zu gelangen, werden an den See- und Landesgrenzen brutal zurückgedrängt.

Szenario »Gleichberechtige Beziehungen«

In diesem Szenario hat bis zum Jahr 2030 eine Reihe positiver Impulse u. a. in Burkina Faso, Côte d'Ivoire und Nigeria zu einer umfassenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung geführt. Dadurch hat der Migrationsdruck nach Europa entscheidend nachgelassen. Ein neues Regierungsmodell, geprägt von Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und effizienter Gewaltenkontrolle, hat die Beziehungen zwischen beiden Regionen stetig verbessert. Die EU hat ihre Position der Übermacht und Kompromisslosigkeit zugunsten einer »gleichberechtigten Beziehung« aufgegeben, was zu mehr Möglichkeiten regulärer Migration und zu deutlich geringerer irregulärer Migration beiträgt.

Szenario »Ungleiche Beziehungen«

Dieses Szenario sieht bis zum Jahr 2030 einen dramatischen Anstieg der Migration nach Europa. Grund dafür ist die deutliche Verschlechterung der sozioökonomischen und politischen Rahmenbedingungen in Westafrika infolge einer fortschreitenden Destabilisierung der regionalen Ankerländer Nigeria, Ghana und Côte d'Ivoire. Die halbherzigen und teilweise widersprüchlichen politischen Ansätze der EU tragen zu politischen Krisen und hoher Jugendarbeitslosigkeit bei. Die Sicherheitsinteressen Europas dominieren die »ungleichen Beziehungen«. Die europäische Abriegelungspolitik führt zu immer gefährlicheren irregulären Migrationsrouten. Der Markt für kriminelle Schlepper boomt und die Zahl der Todesopfer steigt.

Szenario »Pragmatische Beziehungen«

Im Szenario »Pragmatische Beziehungen« wird die Migration aktiv gestaltet. Im Jahr 2013 haben sich EU und ECOWAS auf Regelungen zur Förderung regulärer Migration und Eindämmung irregulärer Migration geeinigt. Die europäischen Grenzkontrollen werden nach Afrika verlagert und im Einklang mit internationalen Migrations- und Menschenrechtsabkommen durchgeführt. Parallel zu umfangreichen Investitionen in die Ausstattung und Ausbildung der Grenzbeamten hat die EU die reguläre, insbesondere zirkuläre Migration nach Europa erheblich vereinfacht. Dies hat – im Zusammenspiel mit eigenen Maßnahmen der westafrikanischen Staaten für mehr politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität – die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Regionen im Sinne einer Win-win-Situation verstetigt.

Fazit: Je stärker die EU ihre kurzfristigen Interessen in den Mittelpunkt stellt und sich einseitig abriegelt, desto konfliktreicher werden die Beziehungen zu Westafrika. Diese Haltung führt nicht notwendigerweise zu weniger Migration, zumal die Anreize für kriminelle Machenschaften rund um die verzweigten Pfade irregulärer Migration dadurch steigen. Eine Öffnung zu mehr regulären Migrationswegen hingegen kann positiv auf die sozioökonomische Entwicklung wirken und so mittelfristig zu einer Verminderung von irregulärer Migration nach Europa beitragen.

Die Szenarien wurden im November 2017 im Europäischen Parlament in Brüssel und in Abidjan im Vorfeld des EU-Afrika-Gipfels vorgestellt. Für 2018 sind weitere Diskussionsveranstaltungen in beiden Regionen geplant.

Elisabeth Braune ist Referentin im Referat Afrika.

DEBATTENBEITRAG

Vom Problem zur Chance

Beim Thema Migration und Klimawandel gilt es, Missverständnisse aufzuklären

Von Benjamin Etzold

Die Debatte um Migration und Vertreibung als eine Folge von Naturkatastrophen und des Klimawandels ist voller Widersprüche und Missverständnisse. Es scheint daher Zeit für ein paar Erklärungen und einen anderen Blickwinkel auf das Thema.

Missverständnis Nr. 1: Der Klimawandel führt zu immer mehr Naturkatastrophen und deshalb wandern immer mehr Menschen aus.

Es ist richtig, dass die von Menschen verursachten Klimaveränderungen zu mehr und oft intensiveren Wirbelstürmen, Überflutungen und auch Dürren führen. Ein schwerer Tropensturm kann Infrastruktur und Eigentum zerstören und letztlich auch zur Evakuierung von Zehntausenden führen. So wurden im Jahr 2016 etwa 23,5 Millionen Menschen durch Naturkatastrophen vertrieben. Wir müssen allerdings zwischen einer vorübergehenden Vertreibung und dauerhafter Migration unterscheiden. Nach einer Naturkatastrophe können die meisten Menschen doch zurückkehren und wiederaufbauen, was zerstört wurde, und ihr Leben am Ort ihrer Herkunft weiterführen. Schleichende Umweltveränderungen wie Wüstenbildung, Bodenzerstörung, sich verändernde Niederschlagsmuster und der Meeresspiegelanstieg führen hingegen viel eher zum Verlust der Lebensgrundlage – die Suche nach einem »besseren« Ort ist dann eine Überlebensstrategie. Dem vorgelagert sind aber die eigentlichen Ursachen von Migration. Chronische Armut, kein oder nur geringer Landbesitz, wenig Arbeitsmöglichkeiten und fehlende staatliche Unterstützung in der Herkunftsregion und vielversprechendere Arbeits-, Bildungs-, Lebensmöglichkeiten an anderen Orten, die durch andere Migranten bereits erschlossen und bekannt wurden, sind meist weitaus bedeutender als der Klimawandel.

Missverständnis Nr. 2: »Umweltmigration« ist ein internationales Phänomen und deshalb kommen immer mehr »Klimaflüchtlinge« auch zu uns.

Nein, derzeit kommen keine Hunderttausende »Klimaflüchtlinge« nach Europa und dies ist auch in der nahen Zukunft nicht absehbar. Prognosen, die von 25 Millionen bis zu einer Milliarde durch Umweltveränderungen weltweit Vertriebenen bis 2050 ausgehen, sind höchst umstritten, denn ihnen liegen sehr unterschiedliche Klimaszenarien und Annahmen über die Reaktionen der betroffenen Bevölkerung und über Migration zugrunde. So schaffen es die meisten Menschen, trotz großer Schwierigkeiten mit Umweltveränderungen und Naturkatastrophen zu leben. Und wenn sie doch vertrieben werden, so suchen sie meist Schutz in der Nähe – innerhalb ihres Heimatlandes und oft in größeren Städten. Dort erhoffen sie sich nicht nur Unterstützung, insbesondere von Verwandten und Freunden, sondern auch neue Lebensperspektiven. Zudem benötigt man mehr Ressourcen für eine grenzüberschreitende Migration. Der lange Weg nach Europa ist gerade für die am meisten vom Klimawandel betroffenen Kleinbauern in Afrika und Asien schlichtweg zu teuer. ●

Warum die vom Klimawandel Vertriebenen nicht automatisch die gefährdetste Bevölkerungsgruppe sind und warum Migration als Chance zur Anpassung an den Klimawandel verstanden werden sollte, lesen Sie auf dem Themenportal Flucht, Migration, Integration:
→ **www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration**

Dr. Benjamin Etzold ist Wissenschaftler am Bonn International Center for Conversion (BICC).

DIE MEINUNG

Entwicklungsgelder für Migrationsabwehr?

Fluchtursachen zu bekämpfen, untergräbt die Entwicklungszusammenarbeit

Von Nils Utermöhlen und Sophia Wirsching

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) steckt viel Geld in die sogenannte Fluchtursachenbekämpfung. Auch die Europäische Union fördert mit dem Notfall-Treuhandfonds für Stabilität und zur Bewältigung der grundlegenden Ursachen irregulärer Migration in Afrika Projekte zur Bekämpfung »irregulärer« Migration. Das Geld geht in klassische entwicklungspolitische Projekte, in Schulungs- und Ausbildungsprogramme für Grenz- und Polizeikräfte, in die Bekämpfung von »Schleusern«, den Aufbau und Ausbau von »Migrationsmanagement« sowie in Projekte zur »Wiedereingliederung« abgeschobener Asylsuchender. Zusätzlich sollen die »Compacts with Africa« private Investitionen, Einkommensmöglichkeiten und so Alternativen zur Migration fördern.

Ziel der Maßnahmen ist, die Flucht- und Migrationsbewegungen nach Europa einzuschränken. Flüchtlinge und Migrant_innen sollen möglichst in oder in der Nähe ihrer Herkunftsländer gehalten werden. Sicherheits- und migrationspolitische Interessen erhalten so zunehmend Einzug in die Entwicklungszusammenarbeit – dies könnte ihren Charakter nachhaltig verändern und ihre Legitimität gefährden.

Mittel der Entwicklungszusammenarbeit werden instrumentalisiert und als Hebel benutzt, um außereuropäische Staaten dazu zu bewegen, bei der Steuerung und Kontrolle von Flucht und Migration mitzuarbeiten, häufig zulasten der Bevölkerung und der Staaten selbst.

Mobilität und Migration sind in Europa weitgehend Normalität und die Freizügigkeit von Arbeitnehmer_innen gilt als politische Errungenschaft. Hinzu kommt, dass Millionen von EU-Bürger_innen in Ländern außerhalb Europas leben – auch weil ihr Reisepass ihnen so gut wie jede Grenze öffnet. Die Wissenschaft liefert längst Belege, wie sich Mobilität und Migration positiv auf Entwicklung auswirken können. Doch mit Blick auf Afrika sprechen europäische Politiker nicht von Freizügigkeit, sondern von Migrations- und Grenzmanagement.

Dabei sind für viele afrikanischer Länder Mobilität und wirtschaftliche Entwicklung nicht voneinander zu trennen. Die Staaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) bemühen sich um Freizügigkeit für Arbeitnehmer_innen innerhalb ihres Wirtschaftsraums, weil sie erkannt haben, dass wirtschaftliche Integration nicht nur einen freien Kapital- und Warenverkehr voraussetzt, sondern auch die Mobilität der eigenen Bevölkerung.

Die zukünftige Gestaltung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Migration benötigt einen grundlegenden Perspektivwechsel. Dies setzt voraus, die positiven Wirkungen von Migration auf Entwicklung anzuerkennen und die Interessen der Partnerländer wie auch der Migrant_innen selbst zu berücksichtigen. ●

Nils Utermöhlen und **Sophia Wirsching** sind Referent_innen für das Thema Migration bei Brot für die Welt.

INFORMATIONSREISE

Schulunterricht in zwei Schichten

Landespolitiker erfahren, wie Jordanien mit Geflüchteten umgeht

Von Felix Eikenberg

Etwa sechs Millionen Syrer haben durch den Krieg ihr Land verlassen müssen. Davon suchten über 600.000 Schutz in Deutschland. Das ist jedoch nur ein geringer Anteil im Vergleich zu Syriens Nachbarländern: Sie haben zusammen mehr als fünf Millionen Geflüchtete aufgenommen.

Eines dieser Länder ist das Königreich Jordanien. Laut UN-Flüchtlingshilfswerk hat das Land weltweit den zweithöchsten Anteil von Flüchtlingen an der Gesamtbevölkerung. Neben 1,3 Millionen Syrer_innen halten sich noch einmal so viele andere Geflüchtete und Ausländer im Land auf – und das bei nur 6,8 Millionen Einheimischen.

Wie schafft es Jordanien, so viele Menschen aufzunehmen und zu versorgen? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, besuchten im November 2017 auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung fünf deutsche Landespolitiker_innen, die sich mit Flüchtlingspolitik und Integration befassen, das Land.

Einer der Gesprächspartner war der jordanische Bildungsminister Omar Razzaz. Ihm zufolge ist durch die gestiegenen Schülerzahlen der Druck auf die Schulen so hoch, dass sie häufig in zwei Schichten unterrichten. Auf die Frage der Deutschen, wie man mit Radikalisierung unter jungen Geflüchteten umgehe, antwortete der Minister, diese Gefahr bestünde auch in Jordanien. Die Radikalisierung hänge aber nicht vom Bildungsgrad oder Einkommen ab, sondern davon, ob die Menschen die Möglichkeit der Teilhabe an der Gesellschaft hätten. Ohne diese Teilhabe drohe Ausgrenzung und ein Identitätsvakuum, das von Extremisten ausgenutzt werden könne.

Besonders beeindruckt zeigte sich die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, dass es seitens der jordanischen Bevölkerung kaum nennenswerte Übergriffe auf Syrer_innen gebe. In der Tat sei die Hilfsbereitschaft und Solidarität groß. Damit das so bleibt, achte die Regierung darauf, dass etwa ein Drittel der internationalen humanitären Hilfe an bedürftige Jordanier_innen gehe, wie der Leiter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Jordanien erläuterte.

Trotz aller Bemühungen bleibt die Lage der syrischen Geflüchteten in Jordanien schwierig. Das machte der Besuch bei in Amman lebenden Familien deutlich: Ausbeuterische Vermieter, teure Gesundheitsversorgung, kein Einkommen wegen fehlender Arbeitsmöglichkeiten sind nur einige ihrer Alltagssorgen.

Die Landespolitiker_innen konnten sich während des FES-Programms ein genaueres Bild von den Problemen, aber auch Lösungswegen machen. Wie der Landtagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen, Serdar Yüksel, resümierte: »Es war äußerst wichtig, die Verantwortlichen kennenzulernen und einen Austausch zu ermöglichen. Nicht zuletzt für meine politische Arbeit im Landesparlament waren diese Gespräche und Begegnungen von besonderer und nachhaltiger Bedeutung.« ●

Felix Eikenberg ist Referent im Forum Berlin mit dem Arbeitsschwerpunkt »Flucht, Migration, Integration«.

STUDIE

Umdenken und Engagement zeigen

Fragen an Miriam Vock zur Integration geflüchteter Kinder

Sie befassen sich in Ihrer Studie unter anderem mit der Integration geflüchteter Kinder im schulpflichtigen Alter. Worin liegen hier die Herausforderungen?

Allein im Jahr 2015 kamen rund 150.000 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter nach Deutschland und besuchen nun hier eine Schule. Etwa zwei Prozent der Gesamtschülerschaft haben einen Fluchthintergrund. Diese neu hinzugekommenen Schüler_innen haben oft traumatische Erfahrungen im Heimatland und auf der Flucht gemacht. Sie sprechen zu Beginn kein oder nur wenig Deutsch und müssen sich – oft unter sehr schwierigen Bedingungen – einleben.

Bei den im Jahr 2015 in aller Eile eingerichteten »Willkommensklassen« für Geflüchtete mangelte es an tragfähigen Konzepten und Materialien für den Unterricht sowie an genügend qualifiziertem Personal und Räumen. Selbstverständlich müssen geflüchtete Kinder und Jugendliche zu allererst Deutsch lernen. Aber auch ihre Muttersprache sollte gefördert werden. Hier fehlt es noch an flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Angeboten muttersprachlichen Unterrichts. Bei der Elternarbeit sind Lehrkräfte damit konfrontiert, dass die zugewanderten Familien mit dem hiesigen Bildungssystem nicht vertraut sind und vieles in den Schulen ihrer Heimatländer anders gehandhabt wurde als hier.

Was benötigen Schulen für einen bedürfnisgerechten und inklusiven Unterricht?

Unterricht, der auf individuelle Unterschiede eingeht und gleichzeitig auf gemeinsames Lernen sehr unterschiedlicher Schüler_innen setzt, ist sehr anspruchsvoll und bedeutet viel Arbeit für die Lehrkräfte. Die Lernstände regelmäßig zu prüfen, kostet Zeit. Formate wie Gruppenarbeit, Projektarbeit und die Förderung von Kindern mit Lernrückständen funktionieren nicht gut ohne ausreichend Ressourcen. Dazu gehören genügend qualifizierte Lehrkräfte, geeignete Materialien und schlicht Platz – etwa ein zweiter Raum, in den sich eine Kleingruppe zurückziehen kann.

Der Ausbau von Schulen zu Ganztagsschulen birgt hier großes Potenzial, da prinzipiell mehr Zeit, Personal und Räume zur Verfügung stehen. Dieses Potenzial wird an Ganztagsschulen heute leider oft noch zu wenig genutzt. Auch die Lehreraus- und -fortbildung spielen eine wichtige Rolle, damit Lehrkräfte in Methoden und Techniken für einen adaptiven, differenzierten Unterricht sattelfest werden. Generell kann man sagen, dass die Idee eines adaptiven Unterrichts für viele Schulen, insbesondere weiterführende Schulen, einen echten Paradigmenwechsel darstellt, der viel Umdenken und Engagement erfordert.

Näheres:
Schwerpunkt »Integration durch Bildung« der Studienförderung:
→ www.fes.de/de/themenportal-bildungspolitik/themen/integration-durch-bildung/

Studie: Miriam Vock, Anna Gronostaj, Umgang mit Heterogenität in Schule und Unterricht, Berlin 2017
http://library.fes.de/pdf-files/studienfoerderung/13277.pdf

Miriam Vock ist Professorin für Empirische Unterrichts- und Interventionsforschung an der Universität Potsdam.

Die Fragen stellte **Nele Lämmer**, Mitarbeiterin der Redaktion des FES-Themenportals Flucht, Migration und Integration.

INTERVIEW

»Den Modus der Notversorgung überwinden«

Ein Gespräch über Sozialarbeit mit Geflüchteten

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) fordert immer wieder, dass Angebote für Geflüchtete so früh wie möglich ansetzen sollen. Wieso ist dies wichtig?
Wolfgang Barth: Die zeitliche Dimension ist für Einwanderungsprozesse von außerordentlicher Bedeutung. Die Formel »so früh wie möglich« ist ganz wörtlich zu nehmen: So früh es den Schutzsuchenden möglich ist, die Angebote anzunehmen. Das hängt auch davon ab, ob die Familie in Sicherheit ist, wie die Wohnsituation aussieht und ob die Menschen eine Zukunftsperspektive in der Bundesrepublik haben. So früh wie möglich bedeutet auch, dass die notwendigen Verwaltungsverfahren schnell abgeschlossen werden. Schutzsuchende leben während des Verfahrens in einem Wartezustand, der ein selbstbestimmtes Leben erschwert.

Vor welchen Hürden stehen Sie bei der möglichst optimalen Beratung und Betreuung von Geflüchteten?
Wolfgang Barth: Das Engagement der Zivilgesellschaft und die Politik haben in den vergangenen zwei Jahren zu einer Fülle von Maßnahmen, Projekten und Unterstützergruppen geführt. Allein die »Maßnahmen der Bundesregierung für die Sprachförderung und Integration von Flüchtlingen« listet 135 Maßnahmen und Projekte auf. Vor Ort muss es darum gehen, das große Herz nun in strukturierte Bahnen zu lenken, abgestimmte Förderketten zu entwickeln und den Modus der Notversorgung zu überwinden. Dabei sind das Wollen und Können der geflohenen Menschen stärker in die Unterstützungsprozesse einzubeziehen. Hinzu kommt, dass es sehr schwierig ist, die Sozialarbeit mit Geflüchteten in eine kontinuierliche Sozialarbeit mit Migrant_innen weiterzuentwickeln, weil durch den Rückgang der Asylsuchenden auf lokaler Ebene Mitarbeiter_innen schon wieder entlassen werden.

»Die« Geflüchteten gibt es bekanntlich nicht, sondern es fliehen sehr unterschiedliche Menschen nach Deutschland. Wie kann man gewährleisten, dass sie auch die Unterstützung bekommen, die sie jeweils brauchen?
Talibe Süzen: Die Menschen kommen mit viel Enthusiasmus und hohen Erwartungen an ihr Leben, an Bildung und Beschäftigung nach Deutschland. Gleichzeitig setzt die Rechtslage ihren Bedürfnissen Grenzen. Die Schutzsuchenden stellen neue Fragen an unser Bildungssystem und Gesundheitssystem, an die Arbeitswelt, die soziale Infrastruktur und die Daseinsvorsorge. Es geht darum, auf diese Fragen zu hören und gemeinsame Antworten zu finden. Wenn dies gelingt, dann ist die Bundesrepublik auf dem Weg, ein Einwanderungsland zu werden, in dem Menschenrechte gelebt und politisch geachtet werden.

Was wurde bisher in der Sozialarbeit mit Geflüchteten erreicht?

Wolfgang Barth: Bei einem Großteil der Ratsuchenden geht es nach wie vor darum, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Wohnsituation ist – zum Beispiel in Berlin – sehr angespannt. Die Vermittlung von Jugendlichen in weiterbildende Maßnahmen oder in eine Ausbildung ist sehr schwierig. Betriebe melden zwar den Bedarf an Ausbildungsplätzen, vielen Jugendlichen fehlen aber die notwendigen Voraussetzungen. Diese zu erfüllen, dauert viel länger als gedacht. Junge Menschen müssen sich oft auf längere Wartezeiten einstellen, sie brauchen Zeit, um hier anzukommen.

Die populistische und flüchtlingsfeindliche Stimmung hat sich nach der Bundestagswahl verstetigt und wird vielerorts die Anforderungen an die Sozialarbeit mit Geflüchteten verändern. Geflüchtete benötigen jetzt erst recht Unterstützung. Aber trotzdem: Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass die meisten Menschen verstanden haben und akzeptieren, dass Willkommenskultur unverzichtbar für eine Gesellschaft mit menschlichem Antlitz ist, und dass die Mehrheit in einer vielfältigen Gesellschaft leben möchte. Wie oft wurde beschworen, dass »die Stimmung kippt«? Und siehe da. Die Stimmung ist nicht gekippt. Die Wahlerfolge der AfD sind ein letztes Aufglühen des Völkischen und haben nur eine Minderheit hinter sich versammeln können.

Am 24. Oktober 2017 fand die Tagung »Soziale Arbeit mit Flüchtlingen: Potenziale fördern und Schnittstellen managen« von Arbeiterwohlfahrt (AWO) und Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin statt.

Studie: Dieter Filsinger, Soziale Arbeit mit Flüchtlingen. Strukturen, Konzepte und Perspektiven, Bonn 2017

http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13765.pdf

Wolfgang Barth leitet das Referat Migration und interkulturelle Öffnung im Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Dr. Talibe Süzen ist Referentin für interkulturelle Kinder- und Jugendhilfe bei der AWO.

Die Fragen stellte **Dr. Dietmar Molthagen**, Referent im Forum Berlin.

Politik für Europa

Drei Themen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem Projekt »Politik für Europa«: der wirtschaftlichen und sozialen Krise, aufkommenden Zweifeln an der Demokratie und außen- und sicherheitspolitischen Verwerfungen. Während die ersten beiden Herausforderungen die Substanz der politischen Integration beim Bürger infrage zu stellen drohen, könnte die äußere Bedrohung eher mehr Unterstützung für das europäische Projekt hervorbringen.

Wir diskutieren progressive Politikvorschläge, die die Sorgen und Befürchtungen der Bürger_innen zur europäischen Integration aufnehmen, die europapolitische Rhetorik auf ihren Gehalt abklopfen und schließlich Anhaltspunkte für eine Europapolitik geben, die näher bei den Menschen ist.

Die FES identifiziert und formuliert in ihrem Projekt »Politik für Europa« alle Politikansätze und treibt so die Debatte über die Zukunft Europas voran.

EINSCHÄTZUNG

Brexit: hart, weich oder gar nicht?

Interview mit den britischen Europaparlamentariern Seb Dance und Birgit Sippel

Was bedeutet der Brexit für die Briten?

Seb Dance: Der Brexit ist Ausdruck der Unzufriedenheit der Menschen mit dem Status quo – der Wunsch nach Veränderung. Es hat sehr wenig mit der Europäischen Union an sich zu tun. Es gibt viele Themen, über die sich die Menschen zu Recht große Sorgen machen. Aus der EU auszutreten, wurde ihnen als die einzige Lösung verkauft. Die Menschen stimmten für ein stärkeres Land mit mehr Geld für öffentliche Dienstleistungen und für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Gegenden, die unter dem Rückgang der Industrie besonders leiden. Durch den Brexit wird aber genau das Gegenteil erreicht werden: Großbritannien wird ein schwächeres Land mit sinkendem globalen Einfluss, schrumpfender Wirtschaftskraft, einer schleichenden Erosion von Standards, einem Abbau öffentlicher Dienstleistungen sowie von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe. Unser kollektives Versäumnis, die Bedenken der Menschen auszuräumen, gepaart mit einem völligen Versagen, Europa zu verteidigen, als es darauf ankam, hat letztlich zum Brexit geführt.

Was bedeutet er für den Rest von Europa?

Birgit Sippel: Im ersten Schritt wird der Brexit sicherlich negative Auswirkungen haben, sowohl auf Großbritannien und die EU-Mitgliedsländer als auch auf den EU-Haushalt. Mittelfristig erwarte ich, dass der Brexit für die EU keine gravierenden negativen Auswirkungen haben wird. Auch positive Effekte des Brexits für die EU sind möglich. So könnte es durch den Brexit endlich zu Fortschritten in den Bereichen der Finanztransaktionssteuer sowie bei Sozial- und Arbeitnehmerrechten kommen.

Für welche Art von Brexit wirbt die Labour Party?

Seb Dance: Die Labour Party hat sich für einen Brexit ausgesprochen, der Arbeitsplätze sichert mit genau den gleichen Vorteilen des Binnenmarkts und der Zollunion. Meiner Meinung nach bedeutet dies, sowohl im Binnenmarkt als auch in der Zollunion zu bleiben. Wenn wir drinbleiben, ist es schlicht nicht vorstellbar, dass ein Land von der Größe Großbritanniens nicht über künftige Entwicklungen mitbestimmen darf. Das erfordert, dass wir in der EU bleiben. Meiner Ansicht nach versucht Labour, das Unmögliche beim Brexit zu erreichen. Es ist meine feste Überzeugung, dass jeder, der den Brexit umsetzt, massiv an Wählergunst verlieren wird, sobald die Konsequenzen sichtbar werden. Labour sollte sich davon fernhalten – das ist das Chaos der Tories.

Wird es einen harten oder weichen Brexit geben?

Seb Dance: Für mich lag es auf der Hand, dass wir entweder in der EU bleiben oder die EU verlassen und dem Europäischen Wirtschaftsraum bzw. der EFTA beitreten. Es ist mir nie in den Sinn gekommen, dass die Regierung versuchen würde, uns aus allen Instrumenten der europäischen Politik, einschließlich EURATOM, herauszulösen. In den 19 Monaten seit dem Referendum waren die Tories nicht in der Lage, einen vernünftigen Verhandlungsvorschlag zu unterbreiten, und haben noch nicht einmal die Notwendigkeit dazu eingesehen. Meiner Ansicht nach wird diese Regierung Großbritannien in den Ruin und einen unvermeidbaren harten Brexit treiben. Das ist nicht das, was die Öffentlichkeit will, die bei der diesjährigen Parlamentswahl ausdrücklich gegen einen harten Brexit gestimmt hat.

Birgit Sippel: Sollten die Briten sich den vier Grundfreiheiten [Warenverkehr, Dienstleistungen, Personenverkehr und Kapitalverkehr, Anm. d. Red.] verweigern und ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen, wird ein weicher Brexit sehr unwahrscheinlich.

Sehen Sie die Möglichkeit für einen Ausstieg vom Ausstieg?

Seb Dance: Ja, den sehe ich, wenn es gelingt, die breite öffentliche Zustimmung in der Bevölkerung für einen solchen Sinneswandel sichtbar zu machen. Jeden Tag kommen neue Fakten zu den Folgen des Brexits ans Licht: die Auswirkungen auf den Finanzdienstleistungssektor und auf das Gesundheitssystem, die Notwendigkeit, Tausende zusätzliche Zollbeamte einzustellen, das Fehlen zusätzlicher Mittel

für öffentliche Dienste, die Tatsache, dass Handelsabkommen mit dem Rest der Welt niemals den Verlust des Handels mit Europa wettmachen können. Diese neuen Fakten können weder ignoriert noch geleugnet werden und befeuern die Idee einer neuen endgültigen Abstimmung. Die Situation heute unterscheidet sich deutlich von der am 23. Juni 2016.

Hat die »Europäische Idee« durch die Brexit-Debatte Schaden genommen?
Seb Dance: In jeder Krise steckt eine Chance. Die Proeuropäer in Großbritannien stecken eindeutig in einer Krise. Uns ist es nicht gelungen, unsere Mitbürger_innen zu überzeugen. Wir haben nun die überaus schwierige Aufgabe, dies in der sehr kurzen verbleibenden Zeit zu erreichen. Aber es gibt eine Lehre für den Rest Europas – auch für Deutschland: Es ist verlockend, Europa die Schuld zu geben, wenn etwas schiefgeht. Damit muss Schluss sein! Widersprechen Sie öffentlich, wenn Ihre Partei dies auf nationaler oder regionaler Ebene tut. Ja, Europa macht Fehler, aber, wenn nie gesehen wird, was Europa alles richtig macht, wie können wir dann jemals dafür einstehen? Großbritannien ist ein gutes Beispiel dafür, was passiert, wenn sich der politische Mainstream populistischen Angriffen auf ein leichtes Ziel anschließt und gleichzeitig die Gefahren ignoriert.
Birgit Sippel: Seit dem Brexit-Votum ist die Zustimmung der europäischen Bürger_innen zur EU wieder gestiegen. Außerdem gibt es wieder ein großes Interesse, die EU mitzugestalten und zu diskutieren, wie die EU in Zukunft aussehen soll.

Seb Dance ist für die britische Labour Party Mitglied im Europäischen Parlament.

Birgit Sippel ist für die SPD Mitglied im Europäischen Parlament.

Die Fragen stellte **Sohel Ahmed**, Referent im FES-Landesbüro NRW in Bonn, am Rande der Diskussionsveranstaltung »Harter oder weicher Brexit?« am 3. November 2017 in Meschede.

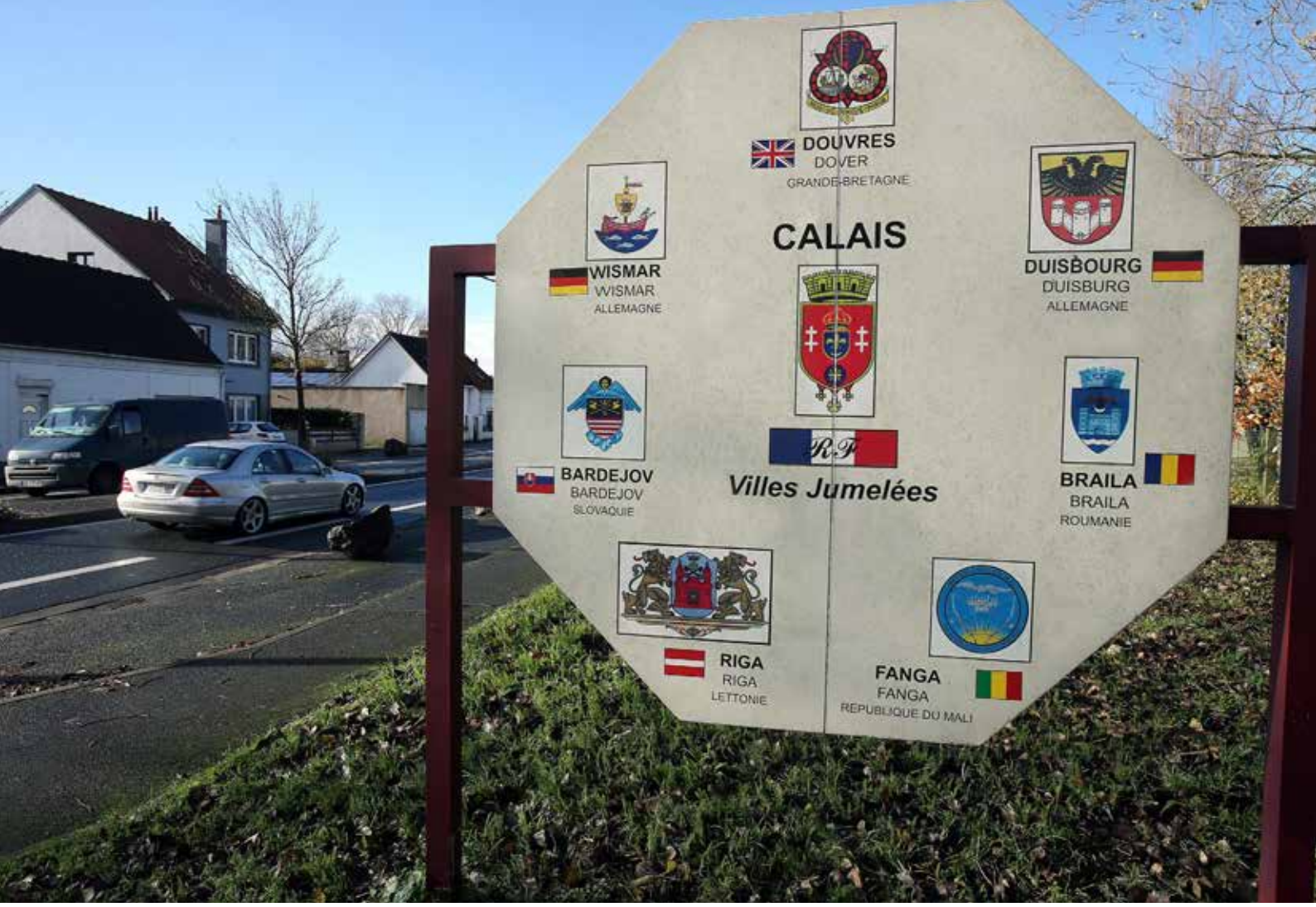
STUDIE

»Erasmus für Nichtakademiker«

Interview mit Richard Hilmer über Wege zu mehr Europabegeisterung

Sie haben als Meinungsforscher viel zur Stimmung in EU-Ländern geforscht. Wie sehen Sie die Vision von den »Vereinigten Staaten von Europa«?
Der Brexit hat die EU-Bürger für die Vorzüge der Union sensibilisiert. Nach einer langen Abfolge von Krisen ging es zuletzt wieder aufwärts mit der EU. Das hat zu einer deutlich besseren Grundstimmung in einigen Ländern geführt, wie unsere aktuelle Acht-Länder-Studie im Auftrag der FES belegt. Insbesondere die Deutschen mit ihrer exportorientierten Wirtschaft verbinden die EU wieder weit eher mit Chancen als mit Risiken und sind bereit, für eine verstärkte Integration Europas auch einen finanziellen Beitrag zu leisten. Insofern kommen die Initiativen Emmanuel Macrons und Martin Schulz' zur Stärkung der EU prinzipiell zum richtigen Zeitpunkt. Man sollte sich aber vor einer Überforderung der Integrationsbereitschaft der Bürger hüten. Zudem schwingt in dem Konzept »Vereinigte Staaten von Europa« ein Ausschlusselement mit – wer nicht mitgeht, bleibt draußen. Das will nicht so ganz zu dem Integrationsgedanken passen.

Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger von Europa? Sind sie für mehr europäische Integration bereit?
Sie wollen ein starkes Europa, das seinen positiven Einfluss geltend machen kann. Die zunehmende Globalisierung führt in weiten Bevölkerungsteilen zu Verunsicherung und zu einem Bedürfnis nach Rückhalt in der nationalen Identität. Wer mehr europäische Integration will, muss, um keine Gegenreaktion zu provozieren, mit Bedacht vorgehen. In einigen Bereichen befürworten Mehrheiten in so gut wie allen untersuchten Ländern eine Vertiefung der Zusammenarbeit, etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Umweltpolitik oder bei der Besteuerung globaler Unternehmen. Bei anderen Bereichen wie etwa der Flüchtlingspolitik gehen die Ansichten weit



auseinander. In den west- und nordeuropäischen Ländern fordern klare Mehrheiten eine Verlagerung der Zuständigkeit auf die europäische Ebene. In den meisten osteuropäischen Ländern wird in der Flüchtlingspolitik für die Beibehaltung der nationalen Zuständigkeit plädiert. In der Haushaltspolitik und in der Sozialpolitik trifft jegliche Einschränkung nationaler Souveränität länderübergreifend auf erhebliche Vorbehalte.

Beobachter des europäischen Integrationsprozesses haben immer wieder den Mangel an Visionen herausgestellt. Ist das ein Weg, um die Menschen für Europa zu begeistern?

Der europäische Integrationsprozess war immer dann am erfolgreichsten, wenn er auch mit positiven Zielen jenseits der ökonomischen Rationalität verbunden wurde: als friedensstiftende Kraft nach dem Zweiten Weltkrieg oder als Chance, die im Kalten Krieg gewachsene Kluft zwischen Ost und West zu überwinden. Das schafft emotionale Verbundenheit, Sicherheit und eine gemeinsame Identität. In einer zunehmend als unsicher empfundenen Welt könnte ein starkes und vereinigtes Europa als Vorbild dienen für eine friedliche und für alle Beteiligten vorteilhafte Kooperation. Dafür wäre es aber wünschenswert, diese europäische Wirklichkeit für breite Bevölkerungsschichten lebendig werden zu lassen – ein Erasmus-Programm für nichtakademische Bevölkerungsschichten wäre wünschenswert.

Wie wird die Rolle Deutschlands in Europa gesehen? Sollte Deutschland vorangehen oder das Feld dem französischen Präsidenten überlassen?

Die Deutschen sollten den Franzosen die Führung nicht streitig machen, da einige Länder der Wirtschaftsmacht Deutschland zunehmend reserviert gegenüberstehen. Deutschland sollte aber an der Spitze der Unterstützer von Macrons Initiativen stehen. Denn ein starkes und stärker integriertes Europa braucht eine starke Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland.

Das Interview erschien zuerst am 18. Dezember 2017 in »Internationale Politik und Gesellschaft« (ipg-journal.de).

Studie: Was hält Europa zusammen? Die EU nach dem Brexit. Eine repräsentative Acht-Länder-Studie

http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/13505.pdf

Richard Hilmer ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts »policy matters«.

Die Fragen stellte **Hannes Alpen**, Redaktionsleitung »Internationale Politik und Gesellschaft«.

Brauchen wir eine europäische Arbeitslosenversicherung?

Ja!

Arbeitnehmerfreizügigkeit und eine zunehmende Mobilität von Unionsbürgern sind gesellschaftliche Tatsachen. Damit sind teilweise prekäre Situationen verbunden, wenn die Integration im anderen Mitgliedstaat nicht sofort gelingt oder Unionsbürger in »Billigarbeitsverhältnissen« landen, die aufstockende Sozialleistungen erforderlich machen. Auf diese Phänomene müssen auch auf europäischer Ebene angemessene Antworten gefunden werden.

Zumindest für grenzüberschreitend arbeitsuchende Unionsbürger könnten befristete Förder- oder Integrationsleistungen, die gleichzeitig die Fachkräftesituation im Herkunftsland im Blick behalten, eine wertvolle Unterstützung sein. Ein inländischer Anspruch auf Arbeitslosengeld, der bei Arbeitssuche im Ausland derzeit nur für drei Monate mitgenommen werden kann, könnte aufgestockt oder verlängert werden. Eine solche Förderung der Unionsbürger aus einer beitrags- oder steuerfinanzierten europäischen Arbeitslosenversicherung (EAV) stärkt die soziale Dimension Europas.

Eine umfassende europäische Arbeitslosenversicherung besteht neben der nationalen. Sie ersetzt sie nicht. Sie zahlt direkt an den Unionsbürger aus, wenn ihre Leistungen die nationalen überlappen oder übertreffen. Die nationale Leistung bleibt hiervon unberührt und greift weiterhin, wo sie günstiger ist. Eine EAV kann – auch zur Stabilisierung der Konjunktur in der EU – befristete Qualifizierungs-, Überbrückungs- und Unterstützungsleistungen insbesondere an von Arbeitslosigkeit betroffene Jugendliche erbringen, die in schweren Krisensituationen in ihren Herkunftsländern bleiben. Notwendige Arbeitsmarkt- oder Ausbildungsreformen zur Lösung struktureller Probleme in den Mitgliedstaaten sollten hieran gekoppelt werden. Die Diskussion um diese Themen im Rahmen einer EAV kann zu einer stärker sozial ausgerichteten EU beitragen.

Nicola Behrend ist seit 2008 Richterin am Bundessozialgericht in Kassel und dort im 11. Senat für Arbeitsförderungsrecht zuständig.

Nein!

Befürworter einer europäischen Arbeitslosenversicherung argumentieren, dass ein Binnenmarkt Ausgleichssysteme benötige, die vor allem bei starken wirtschaftlichen Ungleichgewichten wirken. Weil Ungleichgewichte oft mit Arbeitslosigkeit einhergehen, könnte eine europaweit organisierte und auch finanzierte Arbeitslosenversicherung so ein System des Ausgleichs sein.

Doch Vorsicht: In fast allen Staaten sind die Arbeitslosenversicherungen Beitragssysteme. Die Staaten verfolgen sehr unterschiedliche Sicherungslogiken. So unterscheidet sich der nordische Wohlfahrtsstaat erheblich von den liberalen Marktwirtschaften angelsächsischer beziehungsweise mittel- oder osteuropäischer Prägung. Infolgedessen sind Leistungen und Ausgestaltung sehr unterschiedlich. Eine Vereinheitlichung von Leistungen ist unter diesen Voraussetzungen schwierig und kann auch nicht gewollt sein. Deswegen stellt sich die Frage, welchen Nutzen soll eine europäische Arbeitslosenversicherung mit Ausnahme der Ausgleichsfunktion haben?

Für den Abbau von Ungleichgewichten ist die Arbeitslosenversicherung der falsche Ansatz. Ein Beitragssystem ist mit dieser Aufgabe schnell überfordert und hohe Beiträge können dazu führen, dass die Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung schwindet oder gar verloren geht.

Die bestehenden Ungleichgewichte sind zum Teil politisch verursacht oder zumindest verschärft worden. So haben die Staaten der Währungsgemeinschaft in vielen Ländern massive Kürzungen der Haushalte erzwungen. Dies hat die Arbeitslosigkeit ansteigen lassen. Fortschrittliche Alternativen wie zum Beispiel der vom DGB vorgeschlagene Marshallplan oder auch eine Verbreiterung der Steuerbasis werden nicht weiterverfolgt. Auch bei der Finanztransaktionssteuer, die seit Jahren diskutiert wird, gibt es keine Fortschritte. Diese Defizite können nicht über eine europäische Arbeitslosenversicherung kompensiert werden.

Johannes Jakob ist Leiter der Abteilung Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand.

INTERVIEW

Gut arbeiten bei Airbnb, Google & Co.

Fragen an den Arbeitsrechtler Martin Risak

In einer neuen Studie schlagen Sie europäische Regelungen für faire Arbeitsbedingungen in der Plattformökonomie vor. Worin liegt das Problem?
Durch den Einsatz von Plattformen bei der Organisation von Arbeit können sich Unternehmen kostengünstig einer großen Menge von flexibel arbeitenden Menschen (der »Crowd«) bedienen. So verringern sie einerseits die Kosten unproduktiver Zeit und erhalten andererseits durch Online-Bewertungen die volle Kontrolle über den Herstellungsprozess oder die Servicebereitstellung. Der daraus resultierende, unter Umständen sogar globale Wettbewerb zwischen den Plattformarbeitenden sorgt dafür, dass die Qualität hoch bleibt, während die Löhne niedrig sind.

Die Plattformarbeit ist derzeit zwar noch ein Nischenphänomen, doch wächst die Zahl der so Arbeitenden massiv, wie das Beispiel des Transportdienstes Uber zeigt. Eine Regulierung gerade auf europäischer Ebene ist dabei wesentlich, da Plattformen grenzüberschreitend arbeiten und es ansonsten – ähnlich wie bei der Steuerflucht – zu Ausweichbewegungen kommt. Länder mit einem eigentlich hohen Schutzniveau würden dann gemieden werden und hätten so Nachteile beim Standortwettbewerb.

Kann die EU überhaupt auf diesem Feld Gesetze verabschieden? Die Bereiche Arbeitsmarkt und Sozialpolitik sind doch Domänen der Mitgliedstaaten?
Die EU und ihre Mitgliedstaaten verfolgen unter anderem das Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die EU unterstützt und ergänzt die Tätigkeit der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet. Sie kann dazu auch Richtlinien erlassen, die von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen sind.

Wie könnten die Arbeitsbedingungen der Plattformarbeitenden verbessert werden?
Ohne größeren Aufwand würde eine gesetzliche (widerlegliche) Vermutung eines Arbeitsverhältnisses zur Plattform schon viel bewirken. Dabei geht es darum, dass Plattformarbeitende nicht erst beweisen müssen, dass sie abhängig beschäftigt sind, sondern dass ein Arbeitsverhältnis automatisch unterstellt wird, außer die Plattform kann das Gegenteil beweisen. Ergänzend wäre ein Katalog mit verbotenen Vertragsklauseln (etwa das Verbot, auf anderen Plattformen zu arbeiten) ebenso sinnvoll wie spezifische Pflichten der Plattformen. Ein Beispiel für Letzteres wäre die Übertragbarkeit der Online-Bewertungen, um zu gewährleisten, dass Plattformarbeitende problemlos zu anderen Online-Portalen wechseln können.

Studie: Dominika Biegon, Wolfgang Kowalsky, Joachim Schuster, Schöne neue Arbeitswelt? Wie eine Antwort der EU auf die Plattformökonomie aussehen könnte, Berlin 2017

http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/13768.pdf

Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Risak leitet das Institut für Arbeits- und Sozialrecht an der Universität Wien.

Die Fragen stellte **Dr. Dominika Biegon**, Referentin für europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik.

AUSBLICK

Imagepflege und große Aufgaben
Bulgariens erste EU-Ratspräsidentschaft

Von Helene Kortländer

Im Januar 2018 übernahm Bulgarien die halbjährliche EU-Ratspräsidentschaft – zum ersten Mal seit dem Beitritt im Jahr 2007. Zu diesem Zweck hat die Regierung sogar ein eigenes Ministerium gegründet, das für eine bestmögliche Vorbereitung und reibungslose Durchführung sorgen soll.

Für das Land steht viel auf dem Spiel: Bulgarien will die Präsidentschaft nutzen, um sein Image zu verbessern und sich den übrigen Mitgliedstaaten als verlässlicher, stabiler und berechenbarer Partner zu präsentieren. Damit hofft die Regierung, bestehende Widerstände gegen einen Beitritt Bulgariens zum Euro und zum Schengenraum aufzuweichen.

Im Gegensatz zu den wachsenden EU-kritischen Stimmen in osteuropäischen Staaten ist mit Ministerpräsident Bojko Borissow in Bulgarien eine dezidiert proeuropäische Stimme in Amt und Würden. Er wird mit dem Satz zitiert, man sei der EU als letztes Land beigetreten und man werde sie auch als letztes Land wieder verlassen.

Jedoch unterliegt Bulgarien zehn Jahre nach dem EU-Beitritt nach wie vor dem Kooperations- und Kontrollverfahren (CVM) der EU – insbesondere im Hinblick auf Fortschritte im Bereich Justizreform und Korruptionsbekämpfung. Bevor nicht unumkehrbare Erfolge in diesen Bereichen erzielt sind, treffen Bulgariens Hoffnungen auf eine Schengen- und Euromitgliedschaft auf viel Widerstand. Die unangenehme Situation, dass der Ratspräsident selbst noch kontrolliert wird, wurde durch vergleichsweise milde formulierte CVM-Berichte abgefedert. Einen baldigen Abschluss des Kontrollverfahrens lässt der Bericht dennoch nicht erahnen.

Dabei steht Bulgarien als EU-Ratsvorsitz vor großen Aufgaben. Insbesondere der Brexit, der Mehrjährige Finanzrahmen der EU nach 2020 und die Verhandlungen über das Gemeinsame Europäische Asylsystem stehen zur Verhandlung. Hinzu kommen EU-interne Konflikte, mit Staatengruppen wie den Visegrád-Staaten oder mit einzelnen Staaten wie Polen oder Ungarn.

Vor diesem Hintergrund erscheint Bulgariens Motto »Einigkeit macht stark« als Appell an die übrigen Mitgliedstaaten, der dabei helfen soll, die abstrakten Ziele von Sicherheit, Solidarität und Stabilität in Europa zu erreichen. Dazu hat Bulgarien die auf europäischer Ebene verhandelten Dossiers in drei Schwerpunkte gegliedert: Zukunft und junge Menschen, Sicherheit und Stabilität sowie digitale Wirtschaft. Die Kernaufgabe sieht die bulgarische Präsidentschaft jedoch darin, eine konkrete Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkans zu erreichen. Bulgarien möchte sich als Führungsnation auf dem Balkan präsentieren, die für Wachstum, Stabilität und Frieden in der Region sorgt, und als Vermittler für die Nicht-EU-Länder. Der EU-Westbalkan-Gipfel im Mai 2018, der in Bulgarien als Höhepunkt der Präsidentschaft gesehen wird, soll möglichst schon einen Fahrplan für den Beitritt beschließen. Denn, so sieht es Ministerpräsident Borissow, diese Staaten hätten das Potenzial, Großbritannien in der EU zu ersetzen. ●

Helene Kortländer leitet das FES-Büro in Sofia.

EMPFEHLUNGEN

Mehr Demokratie wagen!
Wie die EU die Demokratie in ihren Mitgliedstaaten schützen kann

Von Juliane Schulte

In den EU-Verträgen haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten bekannt. Von Beitrittskandidaten sowie assoziierten Ländern verlangt die EU ebenfalls die Einhaltung rechtsstaatlicher und demokratischer Standards. Doch es scheint, als wären demokratische Grundwerte nicht mehr bindend, sobald man einmal Mitglied im Club ist: In den vergangenen Jahren waren in einigen EU-Mitgliedstaaten Verstöße gegen die europäischen Grundwerte zu beobachten. In Ungarn und Polen etwa nutzen die Regierungen ihre breiten parlamentarischen Mehrheiten für einen grundlegenden Staatsumbau und eine Schwächung der Gewaltenteilung zugunsten der Exekutive und stellen liberale Werte infrage.

Der Fall Polens zeigt erneut die Hilflosigkeit der Europäischen Union: Anfang 2016 aktivierte die Europäische Kommission den neu geschaffenen Rechtsstaatsmechanismus und suchte seitdem den Dialog mit der polnischen Regierung, die die Empfehlungen der Kommission jedoch ignorierte. Im Dezember 2017 griff die Kommission dann schließlich zum äußersten Mittel: Sie forderte die Mitgliedstaaten auf, ein Strafverfahren gegen Polen nach Artikel 7 des EU-Vertrags einzuleiten. Diese auch als »politische Atombombe« bezeichnete Option wurde bisher noch nie angewandt – am Ende könnte der Entzug von Stimmrechten stehen. Doch, dass es so weit kommt, gilt als höchst unwahrscheinlich, da Ungarn bereits erklärt hat, dagegen zu stimmen. Welche Möglichkeiten bleiben der EU angesichts dessen, um auf Verstöße ihrer Mitgliedstaaten gegen demokratische Grundwerte zu reagieren?

Verschiedene Instrumente werden derzeit diskutiert. Die FES hat 2017 eine hochrangige Expertengruppe eingesetzt, die konkrete Vorschläge ausarbeiten soll. Vorstellbar wäre etwa, die Auszahlung von EU-Mitteln an die Einhaltung demokratischer Standards zu koppeln. Dies ist auch insofern legitim, als dass Rechtsstaatlichkeit eine Voraussetzung dafür ist, dass die Mittel effektiv und transparent verausgabt werden. Dabei sollten jedoch nicht nur die Struktur- und Investitionsfonds in den Blick genommen werden, sondern auch andere EU-Förderprogramme, etwa im Bereich Forschung, Umweltschutz oder Infrastruktur.

Um Sanktionen zu verhängen, bedarf es klarer Kriterien. Daher sollte die EU die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards überprüfen (Monitoring). Dies sollte in allen Mitgliedstaaten stattfinden, um dem Vorwurf der Selektivität zu begegnen. Sanktionen müssen allerdings begleitet werden von konstruktiven, demokratiefördernden Maßnahmen. Die EU könnte beispielsweise die Zivilgesellschaft stärker unterstützen, insbesondere solche Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich für Demokratie einsetzen, und einen speziellen Fonds auflegen sowie eine Beschwerdestelle für NGOs einrichten.

Des Weiteren spielen die Medien eine maßgebliche Rolle. Die zunehmende Konzentration des Medienmarkts sowie politische Einflussnahme schränken jedoch den Medienpluralismus ein. Hier könnte die EU mehr Transparenz einfordern. Im Zeitalter von Fake News muss zudem die Förderung von Medienkompetenz ausgebaut werden. Ein weiterer Ansatzpunkt sind die europäischen Parteienfamilien: Sie könnten undemokratisches Verhalten ihrer Mitgliedsparteien sanktionieren. Dies blieb, etwa im Fall der ungarischen Regierungspartei FIDESZ, die der Europäischen Volkspartei angehört, bisher aus. ●

Juliane Schulte ist Referentin im Referat Mittel- und Osteuropa.

»Momentan steht die Begrenzung der Migration im Mittelpunkt«

Interview mit Norbert Neuser über das Verhältnis zwischen EU und Afrika

Um das Verhältnis der EU zu Afrika steht es derzeit nicht zum Besten. Konnte der EU-Afrika-Gipfel Ende November 2017 daran etwas ändern?
Der Gipfel hätte mehr Strahlkraft entwickeln können. Das Thema Jugend stand ganz oben auf der Agenda, eigentlich eines, das Mut macht und für den politischen Willen, in die Zukunft zu investieren, steht. Dann aber wurde der Jugend gerade einmal zwei Minuten Redezeit eingeräumt: inakzeptabel. Die Zivilgesellschaft wurde von unseren afrikanischen Partnern gar nicht erst zugelassen. Damit müssen wir künftig anders umgehen und dies mit Verweis auch auf das Cotonou-Abkommen einfordern. Generell kommt es bei Gipfeltreffen zu persönlichen Begegnungen zwischen Regierungsvertretern beider Kontinente, deren Bedeutung man nicht unterschätzen sollte. Konkrete Probleme lassen sich aber nur langfristig und in kleinen Schritten lösen.

Statt europäischer Staaten investieren China und Japan massiv auf dem afrikanischen Kontinent. Warum ist Europa so zurückhaltend?
Investitionen ohne die Einhaltung von Menschenrechtsstandards, ohne auf Umweltverträglichkeit zu achten und ohne, dass etwa die bisherige Landnutzung oder der Zugang der Bevölkerung zu Wasser geklärt ist, sind kontraproduktiv. Investitionen sollten also von einer Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit begleitet sein. Die EU hat den Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung beschlossen, der Investoren helfen soll, indem Risiken durch Garantien abgefedert werden. Dadurch werden Anreize geschaffen, auch in schwierigen Staaten zu investieren. Wir werden die Verwendung dieses Fonds kritisch begleiten müssen, weil wir wollen, dass die damit unterstützten Investitionen auch tatsächlich der Bevölkerung zugutekommen.

Das Bestreben der EU, Migration aus Afrika zu beschränken, dominiert alle ihre entwicklungspolitischen Ansätze. Steht das nicht im Widerspruch zum Wunsch, Afrikas Konsolidierung zu unterstützen?
Momentan steht die Begrenzung der Migration im Mittelpunkt neuer Instrumente, das stimmt. Andererseits ist das Thema Migration auch der Aufhänger für mehr nachhaltige Entwicklung. Solange Projekte die nachhaltige Entwicklung stärken und die sozioökonomische und politische Konsolidierung zum Ziel haben, ist das begrüßenswert. Problematisch wird es, wenn vornehmlich Staaten gefördert werden, aus denen viele Migranten kommen, und andere dafür weniger Hilfen erhalten. Außerdem ist es verwerflich, wenn Staaten finanzielle Anreize erhalten, um Menschen abzuhalten, sich einer menschenunwürdigen Lage zu entziehen.

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU (EPAs) mit afrikanischen Subregionen werden von afrikanischer Seite oft als unfair kritisiert. Was müsste an ihnen geändert werden?
Im Europäischen Parlament habe ich mich als Berichterstatter der Entschließung für die Zukunft der EU-AKP-Beziehungen dafür eingesetzt, dass die EPAs in eine neue Cotonou-Partnerschaft nach 2020 integriert werden und dass diese Überprüfungen der Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards beinhalten. Wenn wir ein regelmäßiges Monitoring aller EPAs einführen und bereit sind, flexibel auf Anpassungsschwierigkeiten der Märkte unserer afrikanischen Partner zu reagieren, würden diese Abkommen dazu beitragen, den Lebensunterhalt vieler Menschen zu sichern und ihr Leben etwas einfacher zu machen.

Norbert Neuser ist für die SPD Mitglied des Europäischen Parlaments.

Die Fragen stellte **Elisabeth Braune**, Referentin im Referat Afrika.

»Vereinigte Staaten von Europa sehe ich nicht«

Interview mit Peer Steinbrück zu Europas Zukunft und Deutschlands Verantwortung

Die Europäische Union ist mit sich selbst beschäftigt. Sie zeigt sich im Innern zerstritten und nach außen vielstimmig. Teilen Sie die Analyse, dass die Union in einer tiefen Krise steckt?

In der Schärfe teile ich Ihre Analyse nicht. Richtig ist, dass die Europäische Union vor einer Reihe von Aufgaben steht. Dazu zählen beispielsweise die Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion, ein außen- und sicherheitspolitisches Konzept, die Bewältigung des Brexits unter Minimierung von Nachteilen für beide Seiten oder auch eine Koordinierung der Flüchtlingspolitik. Dazu liegen aber eine Reihe von Initiativen und Vorschlägen vor, nicht zuletzt vom französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron. Dabei wird es auch auf Deutschland ankommen, das europäische Schiff wieder unter Segel zu setzten. Die Präsidenten der USA und Russlands zwingen Europa, sich wieder auf seine Stärken zu besinnen und sich zukunftsfest zu sortieren.

Muss Deutschland nicht ein vitales Interesse an einer Weiterentwicklung der EU haben? Das Land profitiert schließlich enorm von einer stabilen EU.

In dem Fall lautet die einzige Antwort »ja«, wie ich bereits andeutete. Der kolossale Irrtum der Rechtspopulisten, wenn man es nicht als nationalistische Verblendung ansehen will, liegt darin, dass die einzelnen europäischen Staaten über einen Rückzug in die eigene Wagenburg eine bessere Zukunft hätten. Das Gegenteil ist richtig: Es gäbe weniger Sicherheit und weniger Wohlstand. Das gilt auch für Deutschland.

Ein europäisches Verteidigungsbudget, eine gemeinsame Finanztransaktionssteuer, ein Finanzminister für die Eurozone: Wären dies Schritte in die richtige Richtung?

Die ehrliche Antwort lautet, dass Europa für seine Sicherheit mehr Eigenverantwortung übernehmen muss. Das läuft nicht zwingend auf eine unverhältnismäßige Erhöhung des Verteidigungsbudgets hinaus, aber auf jeden Fall auf eine bessere Koordinierung, insbesondere bei der Beschaffung und Entwicklung von gemeinsamen Waffensystemen.

Die Hängepartie bei der Finanztransaktionssteuer ist bedauerlich. Sie war und ist ein richtiger Ansatz, das Bankensystem stärker zur Finanzierung der maßgeblich von ihm verschuldeten Schäden heranzuziehen. Bisher mussten das vor allem die Staaten schultern, also letztlich hafteten die Bürger.

Wie sieht Ihre persönliche Vision für die Europäische Union aus? Bewegen wir uns langfristig auf die »Vereinigten Staaten von Europa« zu?

Diese Analogie auf die Vereinigten Staaten von Amerika halte ich nicht für tragfähig. Die Geschichte der europäischen Nationalstaaten mit ihren teils sehr speziellen Strukturen, Traditionen und Souveränitätsempfindungen steht dem entgegen. Das schließt eine Vertiefung nicht aus, aber ich kann nicht erkennen, dass die Franzosen oder die Polen – und selbst wir Deutsche – in einem solchen Staatenbund aufzugehen bereit sind.

Peer Steinbrück, Bundesminister a. D.

Die Fragen stellte **Dr. Martin Röw**, Referent des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Notizen

++ »Von Trier in die Welt: Karl Marx, seine Ideen und ihre Wirkung bis heute« – so lautet der Titel der neuen von der Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelten Dauerausstellung im Museum Karl-Marx-Haus in Trier. Sie wird zum 200. Geburtstag des Universalgelehrten am 5. Mai 2018 eröffnet. Das Geburtshaus des Philosophen in Trier befindet sich dann seit 50 Jahren in Trägerschaft der FES. Weltweit nimmt die FES das Marx-Jubiläum zum Anlass, sich in verschiedenen Veranstaltungsformaten mit dem Vordenker der Sozialdemokratie auseinanderzusetzen. Das Begleitprogramm kann online auf der Website www.karlmarx2018.de und unter #Marx2018 auf Twitter, Facebook und Instagram eingesehen werden. ++

++ Beim ersten Alumni-Treffen der Akademie der Sozialen Demokratie, die seit 2010 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag und Bratislava durchgeführt wird, waren hochrangige Gäste zugegen: Hannelore Kraft, stellvertretende FES-Vorsitzende und Ministerpräsidentin a. D., Robert Fico, der slowakische Ministerpräsident, und der tschechische Außenminister Lubomir Zaoralek sprachen im November 2017 in Bratislava über die Herausforderungen der Sozialen Demokratie in Europa. Einig waren sich die drei, dass ein klar formuliertes Programm wichtig ist, das nicht populistisch sein dürfe, sondern gezielt sozialdemokratische Botschaften enthalten müsse. ++

++ »Die Zukunft der Arbeit und die Rolle der Sozialen Demokratie« war das Thema der Konferenz »Die Gute Gesellschaft« im November 2017. Die international ausgerichtete Konferenz findet jährlich unter der Schirmherrschaft von Andrea Nahles in der FES statt. Zu den Hauptrednern zählten der portugiesische Arbeitsminister José António Vieira da Silva und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Teilnehmende aus 16 Staaten diskutierten Lösungsansätze für die Probleme einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt. Auf verschiedenen Panels wurden unter anderem die neuen Herausforderungen für die Gewerkschaften und der Zusammenhang zwischen Digitalisierung in der Arbeitswelt und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien beleuchtet. ++

++ Auf dem Kongress »Digitaler Kapitalismus – Revolution oder Hype?« am 2. und 3. November 2017 in Berlin diskutierten Fachleute aus Europa und den USA über die Herausforderungen der Digitalisierung. In Streitgesprächen, Impulsvorträgen und 13 parallelen Foren debattierten sie über Monopolisierung, Mitbestimmung, Marx und viele weitere Aspekte. Das Interesse von mehr als 1000 Besucher_innen unterstrich die Brisanz des Themas. Entsprechend engagiert und kontrovers waren die Beiträge unter anderen von Andrea Nahles, Paul Mason und Evgeny Morozov. Eines wurde jedoch deutlich: Die Digitalisierung ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Damit alle von ihr profitieren, muss die Soziale Demokratie den digitalen Wandel politisch gestalten. ++

++ Gemeinsam mit dem Internationalen (IGB) und dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) organisierte das regionale Gewerkschaftsprojekt der FES am 22. September 2017 in Bratislava die internationale Konferenz »End Corporate Greed. Europe and the world need a pay rise!«. Deutlich wurde, dass multinationale Konzerne in ihren Niederlassungen im (europäischen) Ausland häufig viel niedrigere soziale Standards anwenden als in ihren Heimatländern. Die Konferenz forderte, europaweit wieder verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um Tarifverhandlungen auf nationaler, sektoraler und betrieblicher Ebene zu fördern. ++

++ Wie demokratisch gesinnte Bürger_innen mit Rechtspopulismus umgehen sollten, darüber tauschten sich im Juni 2017 in Saarbrücken über hundert Interessierte unter anderen mit Bundesjustizminister Heiko Maas aus. Maas sprach über seine Strategie, rechten Äußerungen entgegenzutreten, nämlich indem man deutlich Haltung zeige und sich für die Werte Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde einsetze. Bei Rechtspopulist_innen und Rechtsextremist_innen handle es sich um eine Minderheit, allerdings »eine verdammt laute und gut organisierte Minderheit«. Das Problem sei, dass dieser Minderheit eine große schweigende Mehrheit gegenüberstehe. Zum Thema Hass im Internet stellte er klar, dass gesetzeswidrige Äußerungen in der digitalen Welt ebenso eine Straftat seien wie in der realen Welt und entsprechend geahndet werden müssten. ++

++ Der Arbeitskreis Mittelstand der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Vertreter_innen von sozial und demokratisch orientierten Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigungen aus Deutschland, Italien, Österreich, Schweden und Spanien am 27. August 2017 nach Berlin eingeladen. Ziel war, sich über Organisationsformen, Arbeitsschwerpunkte und Leitbilder auszutauschen sowie Möglichkeiten einer länderübergreifenden Kooperation auszuloten. Das Ergebnis war überaus positiv: Man einigte sich auf eine Absichtserklärung zur Gründung einer »Vereinigung sozialer und demokratischer Unternehmer_innen in der Europäischen Union«. Nun gilt es, weitere Partnerorganisationen aus den EU-Ländern für eine Zusammenarbeit zu gewinnen und das Vorhaben mit Leben zu erfüllen. ++

++ Mit zwei Veranstaltungen zu Jahresbeginn 2018 thematisierte das BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung die internationale Dimension des Problems Rechtsextremismus und Rechtspopulismus: am 11. Januar mit dem Schwerpunkt auf Frankreich und Ungarn und am 7. Februar unter dem Titel »(Un-)Heimliche Allianzen – Russland und die europäische Rechte«. Die bisher vom BayernForum eingesetzte Wanderausstellung »Rechtsradikalismus in Bayern« wird 2018 auslaufen. Dafür wird die FES-weite Ausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« einschließlich einer aktualisierten und ergänzten Version auch für Bayern übernommen. ++

++ Die Mitgliedstaaten der UN-Klimarahmenkonvention kamen vom 6. bis 17. November 2017 in Bonn zur 23. Weltklimakonferenz (COP23) zusammen. Der Gipfel fand unter dem Vorsitz der Republik Fidschi statt. Mit zehn Veranstaltungen in Kooperation mit Partnerorganisationen rückte die Friedrich-Ebert-Stiftung klimapolitische Themen in den Vordergrund ihrer Arbeit. 55 internationale Teilnehmende aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Journalismus begleiteten die Verhandlungen und nutzten das breite Netzwerk. Dieses Jahr lag unser inhaltlicher Schwerpunkt auf dem Thema gerechte Übergänge (»just transition«). Alle Beiträge finden sich auf www.fes.de/lnk/34j ++

++ Gemeinde- und Stadträte in Israel sind von Männern dominiert: Nur 13 Prozent der Sitze sind von Frauen besetzt. Jüdinnen sind stärker vertreten als Araberinnen. Um die Vertretung von Frauen bei den Kommunalwahlen 2018 zu fördern, schloss sich FES Israel mit über 20 lokalen Organisationen zusammen. Durch Diskussionsveranstaltungen im ganzen Land und eine breite Mediencampagne wird auf dieses Defizit aufmerksam gemacht. Parteivorsitzende und Listenführer_innen werden aufgefordert, Frauen auf erfolgversprechende Plätze in ihre Listen aufzunehmen. Jüdinnen und Araberinnen werden ermutigt, bei den Wahlen zu kandidieren; und wenn sie kandidieren, werden sie während des Wahlkampfs professionell begleitet. ++

++ Am 17. und 18. November 2017 fand in Warschau ein weiteres Treffen des Progressiven Netzwerks Deutschland–Polen statt. Themen waren die Ergebnisse der Bundestagswahlen, die Zukunft der EU und die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Unter den Panelist_innen waren unter anderen der polnische Altpräsident Aleksander Kwaśniewski und Dietmar Nietan, MdB. Mit 40 Expert_innen aus Politik und Zivilgesellschaft bildet das Netzwerk den Mittelpunkt der Bemühungen der FES in Warschau um gute deutsch-polnische Beziehungen. Das diesjährige Treffen war die letzte Veranstaltung von Roland Feicht als Leiter des Warschauer FES-Büros. Seit Ende 2017 ist er im Ruhestand. Der deutsche Botschafter in Warschau überreichte ihm eine Dankesurkunde für bedeutende Verdienste um die deutsch-polnische Zusammenarbeit. ++

++ Die Bangladescher Textilwirtschaft lebt von ihren Exporten – vor allem in die EU. Mit China zählt Bangladesch zur größten Nähstube der Welt. Doch auch knapp fünf Jahre nach dem Fabrikeinsturz von Rana Plaza arbeitet die Textilindustrie immer noch mit Billiglohnkräften. Gewerkschaftlich organisiert sind weiterhin weniger als fünf Prozent. Was ist ein angemessener Mindestlohn? Wie können Arbeitnehmerrechte garantiert werden? Diese Fragen diskutierte der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel im November 2017 mit Vertreter_innen der Gewerkschaften, der Markenunternehmen sowie der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. ++

++ Die Debatte über die Reform der EU ist in vollem Gange. Das Weißbuch der Kommission skizziert fünf Szenarien einer zukünftigen EU. Deshalb wollte die Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen auf einer Podiumsveranstaltung im Oktober 2017 wissen: Welcher dieser Wege soll aus gesamteuropäischer, aber auch deutscher Sicht eingeschlagen werden? Es diskutierten Dominika Biegon, FES-Referentin, Bernhard Schnittger, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Arne Lietz, S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, und Maria Teresa Rölke, Junge Europäische Föderalisten in Sachsen. Moderator Holger Mann, Mitglied des Sächsischen Landtags, resümierte: Der ambitionierte Versuch, die Debatte um fünf Zukunftsmodelle der EU mit vier Vertreter_innen aus Wissenschaft, Legislative, Exekutive und Zivilgesellschaft an konkreten Themenbereichen zu spiegeln, sei gelungen. ++

++ Das Bündnis südostasiatischer Staaten, ASEAN, feierte in diesem Jahr seinen 50. Jahrestag. ASEAN ist derzeit der sechstgrößte Wirtschaftsraum. Vorhersagen zufolge soll er im Jahr 2030 zum viertgrößten Binnenmarkt der Welt avancieren. Wie sieht die Zukunft von ASEAN aus? Und was denken die Europäer über das Staatenbündnis? Darüber diskutierten am 26. Oktober 2017 der ASEAN-Generalsekretär Le Luong Minh, die Leiterin der Abteilung Asien und Pazifik im Auswärtigen Amt, Ina Lepel, und Niels Annen, MdB und außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. ++

++ Die aktuelle politische Entwicklung in Brasilien tendiert zur Politisierung der Judikative. Diese versteht sich zusehends als höchste moralische Instanz und interveniert mit eigenen Kriterien, die sich nicht über einen demokratischen Prozess gebildet haben. FES-Brasilien und das Lateinamerikareferat der FES konnten Dilma Rousseff, Staatspräsidentin Brasiliens von 2011 bis 2016, und Herta Däubler-Gmelin, Bundesjustizministerin von 1998 bis 2002, dafür gewinnen, diese Herausforderungen für die brasilianische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit am 14. November 2017 in Berlin vor über 450 Zuhörer_innen kritisch zu diskutieren. ++

Leseempfehlungen

FORUM BERLIN

Rechtsextremismus? Nicht mit mir!
Grundwissen und Handwerkszeug für Demokratie in Berlin
Oliver Gaida

PERSPEKTIVE – FES BERLIN

Von Abkommen und Voneinanderabkommen
Die Handelspartnerschaft der EU mit Afrika
Elisabeth Bollrich

WISO-DISKURS

Qualitätsmanagement in der Weiterbildung
Bernd Käpplinger und Martin Reuter

FORUM POLITIK UND GESELLSCHAFT

(Arbeits)zeit zu gestalten!
Potenziale flexibler und selbstbestimmter Arbeitszeitmodelle in KMU: eine Literaturstudie
Roda Müller-Wieland, Katharina Hochfeld

POLITISCHE AKADEMIE

Vereinzelt, konfliktscheu, weltoffen?
Studierende und Politik
Katharina Knopke, Laura Krüger, Jasmin Siri

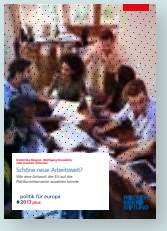
WISO-DISKURS

Wer wählt rechtspopulistisch?
Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen
Heiko Giebler und Sven Regel

SOZIALE DEMOKRATIE #2017PLUS

Arbeitsversicherung – Kosten und Nutzen
Jan Philipp Hans, Sandra Hofmann, Werner Sesselmeier, Aysel Yollu-Tok

POLITIK FÜR EUROPA #2017PLUS



Schöne neue Arbeitswelt?
Wie eine Antwort der EU auf die Plattform-ökonomie aussehen könnte
Dominika Biegoń, Wolfgang Kowalsky, Joachim Schuster

WISO-DISKURS

Zur Neuregelung des Finanz-ausgleichs: Ein Beitrag zum Abbau regionaler Ungleichheit?
David Bauer, Joachim Ragnitz, Felix Rösel

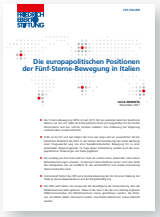
LANDESBÜRO SACHSEN-ANHALT

Handlungsfähigkeit stärken – Stabilität schaffen
Überlegungen zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion
Ringo Wagner, Hans-Joachim Schaprian (Hrsg.).

FES GENF

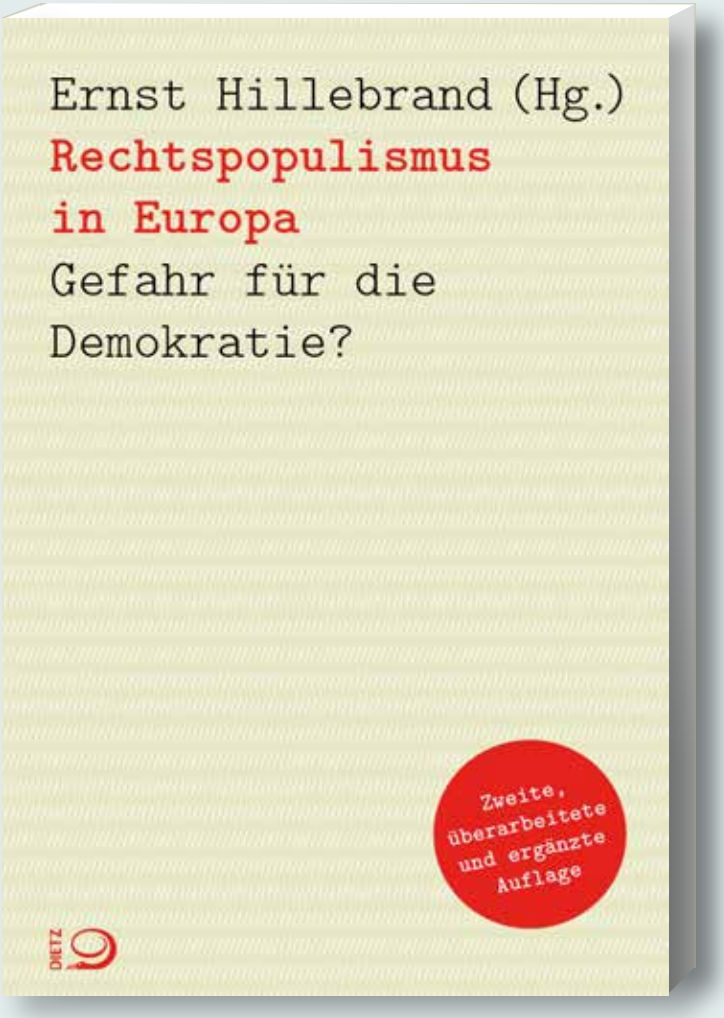
Tomorrow's World of Migration and Mobility
Global Future, Friedrich-Ebert-Stiftung, International Organization for Migration

FES ITALIEN



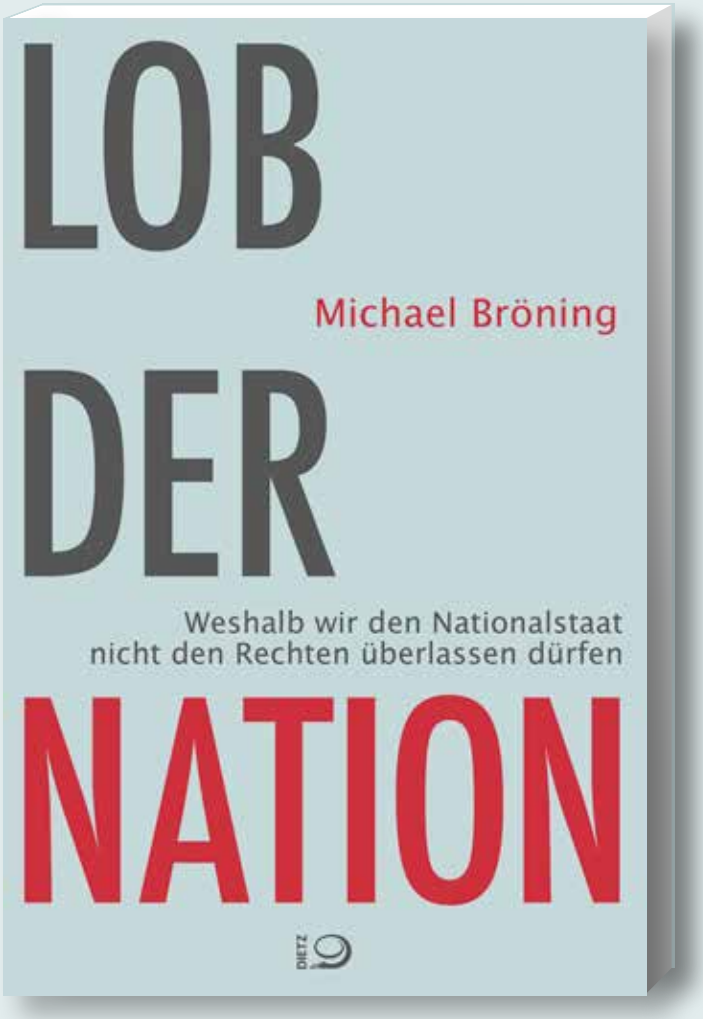
Die europa-politischen Positionen der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien
Luca Argenta

www.fes.de/de/publikationen
Hier finden Sie sämtliche aktuelle Publikationen der FES.



Ob Front National, UKIP, Lega Nord oder FPÖ – rechtspopulistische und euroskeptische Parteien gewinnen in fast allen europäischen Gesellschaften an Einfluss. Wer sind ihre Führungsfiguren? Wer sind ihre Wähler? Was sind ihre Themen? Welchen Weg nahmen sie in die Parlamente? Wie gefährlich sind sie für die etablierten politischen Parteien und für den europäischen Zusammenhalt?

192 Seiten | Broschur | 16,90 Euro
ISBN 978-3-8012-0517-1



Die Nation als Relikt vergangener Zeiten? Der Nationalstaat als Irrweg? Im Gegenteil: Staat und Nation sind Erfolgsmodelle – weltweit. In seinem Plädoyer für die Rehabilitierung der Nation zeigt Michael Bröning, weshalb gerade progressive Kräfte Frieden mit dem Nationalstaat schließen müssen – nicht als ethnisch-homogene Wagenburg, sondern als Basis eines starken Europas in einer multipolaren Welt.

ca. 112 Seiten | Broschur | ca. 12,90 Euro
ISBN 978-3-8012- 0528-7

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. – www.dietz-verlag.de

DIETZ